

## REICHSREGIERUNG UND WOHNUNGSBAU 1932

Regierungsbaurat Rudolf Stegemann, Leipzig

Alle Kreise der freien Wirtschaft werden sich darüber einig sein, daß im Wohnungsbau der Zustand von vor 1914 angestrebt werden muß, bei dem die gesamte Initiative und praktische Durchführung dieser bedeutsamen Aufgabe allein in den Händen der Privatwirtschaft lag. Wenn dabei etwas ungesund war, so war es die Tatsache, daß die Privatwirtschaft damals im allgemeinen nicht erkannte, was sie damit für eine schwere und bedeutsame Aufgabe übernommen hatte. Sie schuf wohl Wohnräume, aber sie baute mehr oder weniger planlos und sicher nicht immer nach Grundsätzen, die den berechtigten Forderungen des Volkes nach der besten und gesündesten Wohnung entsprachen.

Es wäre bestimmt manches besser, wenn schon damals die Reichsregierung erkannt hätte, daß man derartig wichtige Aufgaben, wie die Verbreitung einer neuzeitlichen Wohn- und Siedlungsform, nicht privaten Vereinen, hinter denen nicht die genügenden Machtmittel stehen, überläßt, sondern daß es Sache des Reiches und der Länder sein muß, hier die geistige Führung straff in der Hand zu halten und durch entsprechende Gesetze den Wohnungsbau in bestimmte Bahnen zu drängen. Diese Machtmittel hätten Reich und Länder in der Nachkriegszeit gehabt, als der Wohnungsbau nur noch mit Unterstützung der öffentlichen Hand möglich war. Wenn diese Gelegenheit nicht voll genutzt werden konnte, so lag dies nicht so sehr an der Regierung als an dem unheilvollen Einfluß, den der Reichstag oder vielmehr die herrschenden Parteien dauernd ausgeübt haben. Diesem Umstand ist auch zu verdanken, daß die für den Wohnungsbau bereitstehenden Mittel nur zum geringsten Teil durch das Reich verwaltet werden. Nur noch einige Sonderkonten sind 1932 beim Reichsarbeitsministerium verblieben, und selbst hier hat man bereits die Axt an die Wurzel gelegt, indem man kürzlich das wichtige Arbeitsgebiet der ländlichen Siedlung dem Reichsarbeitsministerium nahm und dem Reichsernährungsminister übergab. Die Gefahr einer weiteren Aufteilung des bedeutsamen Ressorts des Wohnungs- und Siedlungswesens auf alle möglichen interessierten Ministerien besteht aber weiter. Wir werden also in Deutschland vielleicht bald vor der Tatsache stehen, daß das beste an der Entwicklung der letzten 12 Jahre, nämlich die einheitliche, von einer Stelle ausgehende Leitung, totgeschlagen worden ist.

Möglich war dies nur, weil im Reichsarbeitsministerium eine nur geringe Beteiligung an der Finanzierung des Wohnungsbaues übriggeblieben ist. Das Reich hatte die Verwaltung der unmittelbaren Gelder für den Wohnungs-

bau den Ländern überlassen. Es wird dabei ein geringer Trost sein, wenn man feststellt, daß auch diese Mittel für 1932 auf ein Mindestmaß zusammengeschmolzen sind. Aber gerade dieses Absinken der verfügbaren Mittel hätte es doppelt notwendig gemacht, daß man grundsätzlich die letzte Entscheidung über die Verwendung in den Händen des Reiches ließ. Tatsächlich standen 1932 dem Reichsarbeitsministerium nur diejenigen Gelder zur Verfügung, die aus dem zusätzlichen Wohnungsbauprogramm 1932 zurückflossen, d. h. etwa 1 Million RM. Das Reichsarbeitsministerium hat sich jedoch wiederholt bemüht, im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms Reichsmittel flüssig zu machen, nachdem der Wohnungsbauanteil der Hauszinssteuer fast nichts mehr brachte. Gerade hier hat das Reich, was in der Bauwirtschaft lange nicht genug Beachtung gefunden hat, einen außerordentlich bedeutsamen Weg zu gehen versucht aus der Erkenntnis heraus, daß im Bau von Kleineigenheimen die Zukunft des Wohnungsbaues der nächsten Jahre liegen müsse. Ich selbst hatte schon 1920 Stellung genommen gegen die maßlose Übersteigerung der Forderung hinsichtlich der Wohnfläche, die in der Zeit der Finanzierung mit verzinsbaren Hypotheken unbedingt zu einer Katastrophe führen mußte. Heute erkennt man endlich, daß nur derjenige Wohnungsbau gefördert werden kann, der Bauherrn bzw. Bewohner nicht mehr Lasten bringt, als sie bezahlen können.

In diesem Rahmen ist es aber heute noch möglich, 1. Hypotheken aus eigener Kraft des Bauherrn bzw. mit Hilfe von Verwandten usw. zu beschaffen. Eigenes Grundstück und Kapital stehen hier immer noch in überraschend großem Maße zur Verfügung; es fehlt nur ein Spitzenbetrag, eine 2. Hypothek in Höhe von etwa 1000 bis 2000 RM. Hier wäre das Reich unzweifelhaft die geeignete Stelle, einzuspringen. Von weitschauenden Referenten sind auch entsprechende Versuche gemacht worden; leider bisher nicht mit dem wünschenswerten Erfolg. Im gewissen Sinne liegt die Ermächtigung zu Reichsbürgschaften für den Kleinwohnungsbau, wie sie die Notverordnung vom 1. Dezember 1930 in Verbindung mit dem Haushaltsgesetz von 1932 dem Reichsarbeitsminister gibt, in derselben Richtung. 250 Millionen RM wurden bereitgestellt für derartige Bürgschaften. Das hat allerdings infolge des Mißtrauens breitester Kreise gegen alles, was mit Deutschlands Zukunft zusammenhängt, nur mangelhaften Erfolg gehabt. Immerhin haben wir auch hier eine Möglichkeit, die in dem Augenblick bedeutsam werden kann, wo unser Volk wieder Vertrauen zur Regierung und zu sich selbst gewinnt.

Auch die Maßnahmen für den Althausbesitz, wie sie die Ermächtigung der Notverordnung vom 14. Juni 1932 an den Reichsarbeitsminister darstellt, erfassen ein außerordentlich wichtiges Kapitel des Wohnungsbaues, oder besser der Wohnungserhaltung. 100 Millionen RM sind hier bereitgestellt, um durch Zinszuschüsse und Bürgschaften für Baudarlehen die Möglichkeit zu geben, große, in Verfall geratene Altwohnungen wieder in einen vermietungsfähigen Zustand zu versetzen. Gerade durch die Bereitstellung dieser Mittel konnten der beschäftigungslosen Bauwirtschaft, sowohl dem Bauunternehmertum wie der Baustoffindustrie, eine Fülle von Kleinaufträgen zugebracht werden. Heute ist ein großer Teil unserer Wohnungen infolge der Wohnungspolitik der Nachkriegszeit in einem so verlotterten Zustand, daß man sie kaum noch als bewohnbar bezeichnen kann. Deshalb ist es notwendig, gerade dieses Kapitel im Bereich des Reichsarbeitsministeriums besonders zu unterstreichen und zu fordern, daß hier für die Zukunft viel größere Mittel bereitgestellt werden müssen. Es ist nur die Frage, ob der Weg über die Bürgschaft der richtige ist, da das Reich Einzelbürgschaften praktisch nicht übernehmen kann und auf Mitarbeit gewisser Bankspitzeninstitute angewiesen ist.

Die unzweifelhaft bedeutsamste Aufgabe, die das Reichsarbeitsministerium und damit das Reich im Wohnungsbau 1932 übernommen hatte, lag in der vorstädtischen Kleinsiedlung, für die bereits November 1931 48 Millionen und Juli 1932 weitere 25 Millionen zur Verfügung gestellt wurden, die praktisch sämtlich 1932 verbaut wurden. Insgesamt wurden auf diese Weise rund 26 000 vorstädtische Kleinsiedlungen gesichert und auch zum größten Teil in Angriff genommen. Es besteht sogar eine leise Hoffnung, daß Ende des Jahres weitere Mittel flüssig gemacht werden. Es ist selbstverständlich nicht möglich, im Rahmen dieser Betrachtung die Bedeutung der vorstädtischen Kleinsiedlung zu umreißen, es ist auch nicht notwendig, denn es hat kaum in der Nachkriegszeit eine Sonderfrage im Wohnungsbau gegeben, die so umstritten war und so das Interesse aller beteiligten Kreise gefunden hat. Unter allen Umständen aber muß man zugeben, daß hier das Reichsarbeitsministerium mit außerordentlicher Energie an die Arbeit gegangen ist und es trotz unzweifelhafter Widerstände fertiggebracht hat, planmäßig seine Absichten in die Tat umzusetzen. Man wird dabei gespannt sein dürfen auf die Untersuchungsergebnisse, die der „Deutsche Ausschuß für wirtschaftliches Bauen“ auf diesem Gebiete im Oktober auf seiner Haupttagung in Hannover herausbringen wird, und vor allem auf die Forschungen, die der Ausschuß jetzt im Einvernehmen mit der „Stiftung zur Förderung von Bauforschungen“ durch besonders geschulte Fachleute auf den im Gange befindlichen vorstädtischen Siedlungsbauten durchführt. Sicher hat man mit der vorstädtischen Kleinsiedlung jetzt Wege eingeschlagen, die man vielleicht schon vor zehn Jahren hätte gehen sollen. Zu erwähnen ist noch, daß das Reichsarbeitsministerium im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzministerium der Deutschen Bau- und Bodenbank A. G. in Berlin gegenüber für die Zwischenfinanzierung von Kleinwohnungsbauten die Bürgschaft übernommen hat.

Alles zusammengefaßt eine Fülle wichtiger Einzelaufgaben, von denen jede von großer Bedeutung, aber mehr oder weniger gehemmt ist, weil die bereitgestellten Mittel bei weitem nicht ausreichen, weder zur Erfüllung der Aufgaben selbst noch um der darniederliegenden Bauwirtschaft genügend Arbeit zuzuführen.

Was soll man unter diesen Umständen, wo wir bereits vor der Frage stehen, was aus dem Wohnungsbau 1933 werden soll, fordern?

Unzweifelhaft wird die Förderung des Eigenheimbaues mit Reichsmitteln in viel betonterem Maße nötig. Zum mindesten für das nächste Haushaltsjahr sollten dafür Reichsmittel gesichert werden. Es wäre dann vielleicht möglich, diese Beträge vorzufinanzieren und damit schon im laufenden Jahr der Bauwirtschaft wenigstens bescheidene Aufträge zuzuführen.

Auch die Frage der Bereitstellung 2. Hypotheken über das Reich muß unbedingt immer wieder angeschnitten werden, denn das anzustrebende Ziel wird sein, den Wohnungsbau wieder allein auf privatwirtschaftlicher Grundlage durchzuführen. Da die Sparkraft des Volkes und vielleicht auch die Kleinheit des Objektes nicht dazu ausreicht, um die letzte Spitzenhypothek aus der Privatwirtschaft zu schaffen, während genügend Eigenmittel für Landbeschaffung und 1. Hypothek aus den Kreisen der Siedler selber nachweislich zur Verfügung stehen, muß eben für die nächste Zeit diese Mitwirkung des Reiches immer wieder gefordert werden. Auch die Unterteilung von Großwohnungen ist immer noch als ein wichtiges Problem anzusehen, wenn auch die bisherigen Untersuchungen keine besonders gute Ergebnisse hatten. Wir dürfen aber nicht übersehen, daß wir, als wir diesem Problem nachgingen, noch nicht mit einer so steil abfallenden Kurve unseres Wirtschaftslebens zu rechnen hatten wie bisher. Sicher ist, daß hier mit verhältnismäßig geringen Zuschüssen dem Wohnungsmarkt neue vermietbare Wohnungen zugeführt und gleichzeitig viel Arbeit geschaffen werden kann, während volkswirtschaftlich brach liegende große Werte wieder aktiviert würden. Einen Anreiz würde es bedeuten, wenn die so neu gewonnenen Wohnungen — ähnlich wie Wohnungsneubauten — steuerlich begünstigt würden.

Schließlich muß die Einbeziehung der Wohnungsbauten in den Kreis der aus der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge zu fördernden Maßnahmen gefordert werden. Wenn bisher der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sich ablehnend dazu verhalten hat, so wäre es jetzt, wo die Zuschußwirtschaft des Wohnungsbaues aus der öffentlichen Hand praktisch aufgehört hat, wichtig, daß hier eine grundsätzlich andere Haltung Platz griffe. Dies wäre praktisch möglich, wenn man für jede Wohnung ein niedrig verzinsliches Darlehen von etwa 600 RM als „Grundförderung“ gewähren würde; vorausgesetzt, daß der Bau auch bestimmt mit Arbeitslosen durchgeführt wird, die vom Arbeitsamt abgerufen werden. Eine Reihe von Städten geben übrigens bereits unter dieser Voraussetzung die ersparte Wohlfahrtsunterstützung als Bauzuschuß oder Darlehen.

Wir sehen, daß das Reichsarbeitsministerium mit einer ganzen Reihe wichtiger Aufgaben betraut war, wobei nur das Hemmnis des Geldmangels den wirklichen Erfolg einschränkte. Wir sehen aber auch gleichzeitig, daß es unbedingt notwendig ist, diesen Fragenkomplex in einer Hand zu vereinen. Wohnungsbau und Wohnungswirtschaft sind allzu vielseitig, als daß sie zum Ausgangspunkt von Streitigkeiten verschiedener Reichsministerien gemacht werden dürften. Bringt es der Umfang dieser Aufgaben schon mit sich, daß sie nicht in der Hand eines einzigen Referenten liegen können, so müssen die Referenten unbedingt unter einheitlicher Führung stehen.

# DIE MÖGLICHKEITEN DER LANDWIRTSCHAFTLICHEN SIEDLUNG

Kreissiedlungsdirektor Richard Wagner, Sorau N. L.

Im Brennpunkt aller wirtschaftlichen Betrachtungen steht das Arbeitslosenproblem. Die Ursachen der Arbeitslosigkeit dürften allgemein bekannt sein. Der freie Austausch der Güter aller Länder ist als Folge des Versailler Diktates empfindlich gestört. Als Folge der Seekriegsführung hat eine Verlagerung der Industrien und Absatzgebiete im weitesten Ausmaß stattgefunden. In den hauptsächlichsten Rohstoffländern haben sich eigene Industrien entwickelt, die durch eine Hochschutzzollpolitik geschützt werden mußten. Der Kreislauf des Geldes ist durch die Abzapfung in Form von Reparationstributen bzw. von Zinsen für Reparationsanleihen unterbrochen. Das Verhältnis der hauptsächlichsten Kolonialländer zu den europäischen Mutterländern hat sich geändert. Endlich ist eine vollständige Umgestaltung des Produktionsprozesses in technischer Hinsicht erfolgt, die wir unter dem Namen „Rationalisierung“ kennen und die eine weitgehende Beschränkung der bei dem Produktionsprozeß benötigten Arbeitskräfte im Gefolge hat.

Es ist heute Allgemeingut der Erkenntnis geworden, daß auch in dem günstigsten Fall, daß alle wirtschaftlichen und politischen Hindernisse beseitigt werden, in unserer Industrie die Zahl der Arbeitsplätze als Folge der Rationalisierung erheblich geringer geworden ist. Rationalisierung will aber, wenn der ganze Vorgang einen Sinn haben soll, Ersparnisse erbringen. In erster Linie sollen die Ersparnisse durch den Abbau von Arbeitskräften erzielt werden. Da die Produktionsmöglichkeit der Industrie durch den auf Rationalisierung zurückzuführenden Abbau nicht beeinträchtigt wird, vielmehr im alten Umfange bestehen bleibt, wird durch diesen Vorgang eine neue Kapitalbildung eingeleitet. Diese Kapitalbildung ist darin zu erblicken, daß Arbeitskräfte für die Herstellung von Lebensmitteln, neuer Produktionswerkzeuge oder langlebiger Konsumgüter frei werden, ohne daß ihre Versorgungsmöglichkeit mit Lebensmitteln und industriellen Konsumartikeln infolge ihres Ausscheidens aus dem industriellen Produktionsprozeß beeinträchtigt wird, denn an ihre Stelle ist ja die Maschine getreten. Von dieser Möglichkeit, zur neuen Kapitalbildung zu kommen, ist bisher aus Gründen, die hier nicht untersucht werden können, kein Gebrauch gemacht worden. Insbesondere hat man die sozialen Folgen nicht gezogen. An den Kernpunkt, das Arbeitszeitproblem, ist man nicht herangegangen. Man hat sich vielmehr darauf beschränkt, die als Folge der Rationalisierung freigewordenen Arbeitskräfte, ohne daß sie irgendwie eine Tätigkeit ausüben, von der Allgemeinheit mit ernähren zu lassen. Durch diese Belastung sind die Ersparnisse dieser Maßnahmen nicht nur aufgehoben, sondern teilweise in ihr Gegenteil verkehrt worden, was sich, infolge der durch die verringerte Konsumkraft der breiten Masse bedingenen Schrumpfung des inneren Marktes, in einem ständigen Rückgang des Absatzes äußert. Um zur neuen Kapitalbildung und damit zu neuem Reichtum zu kommen, muß der zweite Akt der Kapitalbildung vollzogen werden: die Wiederbeschäftigung der freigewordenen Arbeitskräfte und ihre Einschaltung nach Maßgabe ihrer Eignung in den Produktionsprozeß zur Herstellung von Produkten, die unsere Einfuhr entlasten.

Diesem Gedanken will die Vorstadtsiedlung oder Stadtrand-siedlung Rechnung tragen. Der Gedanke, der dieser Bewegung, die weiteste Kreise unserer Bevölkerung ergriffen hat, zugrunde liegt, ist etwa der, daß der Kurzarbeiter und unter gewissen Einschränkungen auch der Erwerbslose, der Land gartenmäßig bewirtschaftet, dadurch Nahrungsmittel produziert, die er nicht zu kaufen braucht. Durch diese so gewonnenen Nahrungsmittel wird nun, so folgert man weiter, nicht die Absatzmöglichkeit anderweitig gewonnener heimischer Produkte beeinträchtigt, sondern in erster Linie die Einfuhr von Lebensmitteln in wünschenswertester Weise beschränkt. Bekanntlich ist die Stadtrand-siedlungsbewegung stark umstritten. Man betont, daß die Stadtrand-siedlung, wenn sie nicht im Zusammenhang mit dem Arbeitszeitproblem gebracht wird, d. h. wenn nicht der Siedler in verkürzter Arbeitszeit den unbedingt notwendigen Nebenverdienst hat, nicht lebensfähige Existenzen schafft, auf keinen Fall aber die öffentliche Fürsorge entlastet, da der Erwerbslose die bisherige Unterstützung unbedingt weiter beziehen muß. Die Frage des künftigen Beschäftigungsgrades und damit die Zahl der voraussichtlich dauernd zur Verfügung stehenden Arbeitsplätze wird sich nicht sofort beantworten lassen. Hierzu müssen erst die bestehenden außenpolitischen Schwierigkeiten beseitigt werden und bestimmte wirtschaftliche Voraussetzungen gegeben sein, insbesondere muß das Arbeitszeitproblem gelöst sein. Dann dürfte allerdings die Stadtrand-siedlung von ausschlaggebender Bedeutung sein. Restlos wird z. B. das Problem der Schaffung neuer Arbeitsplätze nur bei der rein landwirtschaftlichen Siedlung gelöst. Deswegen steht die landwirtschaftliche Siedlung im Vordergrund des Interesses. Zahlreiche Berufsgruppen, die bisher ihr Auskommen in der Beschäftigung mit dem rein städtischen Wohnungsbau gefunden haben, wenden sich aus dieser richtigen Erkenntnis der landwirtschaftlichen Siedlung zu. Damit ist ein Überangebot von Kräften vorhanden, von denen ein großer Teil die Voraussetzungen für die landwirtschaftliche Siedlung ungenügend oder gar nicht kennt. Es darf daher zunächst einmal festgestellt werden, welche Möglichkeiten sich überhaupt zahlenmäßig ergeben, um dann weiterhin zu untersuchen, wie die landwirtschaftliche Neusiedlung aussehen muß, die in Zukunft errichtet werden soll, und welche Voraussetzungen bei der Planung dieser Stellen erfüllt werden müssen.

Die landwirtschaftliche Siedlung geht von der sehr richtigen Erkenntnis aus, daß die Zahl der benötigten Arbeitskräfte in bäuerlichen Betrieben größer als in Großbetrieben für die gleiche Fläche ist. Professor Sering gibt in seiner Erläuterung zum Reichssiedlungsgesetz an, daß im Durchschnitt im Deutschen Reich auf den Quadratkilometer 120 Einwohner lebten. Es ist klar, daß bei der zunehmenden Bedeutung, die die großen Städte in der Bevölkerungsverteilung in den letzten Jahrzehnten eingenommen haben, in landwirtschaftlichen Kreisen (politische Kreise), d. h. also in Kreisen, zu denen außer Landgemeinden nur kleine Städte mit nicht nennenswerter Einwohnerzahl gehören, dieser Durchschnitt der Bevölkerungsziffer nicht erreicht wird. So wohnen in Kreisen mit kleinbäuerlichem Cha-

rakter, wenn diese in fruchtbaren Gegenden liegen, durchschnittlich 90 bis 100 Einwohner auf dem Quadratkilometer, während in großbäuerlichen Kreisen nur 40 bis 80 wohnen. Kommt man aber in die östlichen Gutsbezirke, so sinkt hier die durchschnittliche Einwohnerzahl auf 20 bis 40 herunter, ja es gibt sogar Kreise, in denen der Großgrundbesitz vorherrscht, wo auf dem Quadratkilometer nur 4 bis 12 Einwohner wohnen. Es entspricht diese durchschnittliche Einwohnerzahl etwa der der amerikanischen Prärien oder der sibirischen Steppe. Diese Zahlen sprechen für sich. Je kleiner der landwirtschaftliche Betrieb, um so arbeitsintensiver muß gearbeitet werden. Bei dem Zusammenarbeiten der drei Produktionsfaktoren Boden, Arbeit und Kapital liegt bei kleinem Besitz der Schwerpunkt auf dem Faktor Arbeit. Dies dürfte auch ohne weiteres einleuchten, wenn darauf hingewiesen wird, daß die Viehhaltung, die ja in erster Linie vermehrte Arbeitskräfte erfordert, im Kleinbesitz eine ganz andere Rolle spielt als im Großbesitz. Hier sei zunächst einiges Grundsätzliche über die Größeneinteilungen von landwirtschaftlichen Besitzungen gesagt. Nach der Statistik unterscheidet die landwirtschaftliche Betriebszählung fünf Betriebsgrößenklassen:

Parzellenbetr.	Größe bis	ha entspr.	8 Morg.
Kleinbauernbetr.	2—5	„ „	8— 20 „
Mittelbäuerl. Betr.	5—20	„ „	20— 80 „
Großbäuerl. Betr.	20—100	„ „	80—400 „
Großbetriebe über	100	„	„

Wenn in den vorstehenden Ausführungen von Kleinbesitz die Rede ist, so sind die in der vorstehenden Aufstellung mit der Bezeichnung „Kleinbäuerliche Betriebe“ bezeichneten Betriebsgrößen gemeint. Es sind dies in erster Linie die sogenannten bäuerlichen Familien-Betriebe. Diese Familien-Betriebe haben sich als überaus widerstandsfähig gegen die jetzige unerhörte Krise in der Landwirtschaft erwiesen. Die Widerstandsfähigkeit liegt ausschließlich in der Tatsache begründet, daß ein solcher Betrieb nur mit den Kräften der eigenen Familie arbeitet, die Größenabmessung mithin so beschaffen ist, daß die menschliche Arbeitskraft der Familienmitglieder am besten ausgenutzt ist, wobei auf eine ausreichende Beschäftigung der notwendigen Anspannung besonders Rücksicht genommen werden muß. Je nach der in Frage kommenden Anspannung ergeben sich die drei Unterabteilungen der sogenannten Familien-Betriebe. Wir unterscheiden hier die Kuhbauernstelle, die Halbbauernstelle, die Bauernstelle und verstehen darunter Stellen, bei denen entweder nur Rindvieh als Anspannung vorhanden ist oder ein Pferd bei der Halbbauernstelle und zwei Pferde bei der Vollbauernstelle. Es ist selbstverständlich, daß die Wahl der Stellengröße nicht beliebig ist, sondern daß sie von der Schwere des Bodens abhängig ist. Kuhbauernstellen und Halbbauernstellen werden nur auf leichtem Mittelboden und leichtem Boden möglich sein. Hierbei wird man, unter selbstverständlicher Berücksichtigung der in Deutschland sehr verschiedenen Bodengüte wohl 15 Morgen als kleinste, selbständige, lebensfähige Bauernstelle ansprechen müssen, die dann als Kuhbauernstelle auszulegen ist. Stellen mit einer Flächengröße von 20 bis 30 Morgen werden je nach den Verhältnissen schon in der Lage sein, ein Pferd zu beschäftigen und auch unterhalten zu können, während zwei Pferde erst auf Vollbauernstellen von 40 bis 60 Morgen Gesamtgröße rationell untergebracht werden können. Letztere Flächen werden auch ohne weiteres gestatten, nicht nur dem Siedler und der Siedlerfrau eine volle Existenz zu schaffen, sondern darüber hinaus zwei bis

drei erwachsenen arbeitsfähigen Kindern, wobei nicht ausgeschlossen ist, daß für die Zeit, in der die vorhandenen Kinder noch klein sind, diese durch ein oder zwei gegen Entgelt beschäftigte Hilfskräfte ersetzt werden, ohne daß der Charakter als Familien-Betrieb auf einer derartigen Bauernstelle verlorengelht. Die Anlage solcher Familien-Betriebe muß das Bestreben jeder vernünftigen Siedlungspolitik sein, weil sie zunächst, um ein neues Modewort zu gebrauchen, sich als besonders „krisenfest“ erwiesen haben. Abgesehen von der vorerwähnten arbeitstechnischen Zweckmäßigkeit, ergeben sich für diese Betriebe die folgenden wirtschaftlichen Vorteile: der gewöhnliche Lohnarbeiter deckt seinen Bedarf aus dem ihm gezahlten Entgelt. Der gezahlte Lohn muß mithin den Preisen der nötigsten Bedarfsartikel einigermaßen angepaßt sein. Der Bauer bezahlt die von ihm im geringeren Umfange benötigten Bedarfsgegenstände aus dem Erlös für die von ihm hergestellten landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Die Preise, die er hierfür erzielen kann, liegen nun im Verhältnis erheblich niedriger, als die Preise, die er für die von ihm benötigten Bedarfsartikel, insbesondere solcher industrieller Natur, zahlen muß. Diese Tatsache liegt in dem Umstand begründet, daß im Interesse der bisher gezahlten Tribute in erster Linie die deutsche Industrie lebensfähig erhalten werden mußte. Die Auswirkung dieses Preisunterschiedes zwischen Agrar- und Industrieerzeugnissen ist nun je nach der Betriebsgröße verschieden. Der Großgrundbesitzer hat feste Löhne und soziale Lasten aufzubringen. Diese Barzahlungen kann er, wenn er den Betrieb nicht gefährden will, nicht oder nur unerheblich einschränken. Er wird, wenn die Preise seiner Erzeugnisse in keinem Verhältnis zu den Herstellungskosten stehen, allmählich dazu übergehen müssen, Schulden zu machen, die dann zu einem Zusammenbruch des Betriebes führen müssen. Der Bauer, der ausschließlich mit Familienmitgliedern arbeitet, zahlt keine hohen Arbeitslöhne und wird von den sozialen Lasten nicht unmittelbar betroffen. Auch wirken sich für ihn ungünstige Marktpreise nicht so stark aus wie für den Großbetrieb, da er einen verhältnismäßig großen Teil seiner Erzeugnisse in seiner eigenen Wirtschaft verbraucht. Was ihn aber besonders krisenfest macht, ist seine Fähigkeit, sich für eine gewisse Zeit auf das äußerste einzuschränken. Man spricht hier von „der größeren Kontraktionsfähigkeit des Familien-Betriebes“. Gegenüber dem Großbetriebe ist die Neusiedlung vor allem aus dem Grunde zu betreiben, weil sie gestattet, mehr Arbeitskräfte unterzubringen, als dies bei dem Großbetrieb der Fall ist. Auf neuen Siedlerstellen werden bei etwa dem gleichen Flächeninhalt dreimal soviel Rindvieh und Schweine gehalten als beim Grundbesitz. Mit der vermehrten Viehhaltung ist aber ein vermehrter Arbeitsaufwand verbunden, deswegen die Tatsache, daß die kleinbäuerliche Siedlung mehr Arbeitsplätze schafft. Allerdings dürfen die vorhandenen Möglichkeiten nicht überschätzt werden, wie das jetzt schon so häufig geschieht, und es erscheint durchaus notwendig, hier einmal ein offenes Wort zu sprechen. Das für die Neusiedlung benötigte Land kann nur durch die Ödlandsiedlung oder durch Aufteilung von Großgrundbesitz geschaffen werden. Was die Ödlandsiedlung anbelangt, so ist grundsätzlich zu sagen, daß zu einem Zeitpunkt, wo die bestehenden Betriebe durchweg mit erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, eine nennenswerte Verzinsung für die erheblichen Kapitalaufwendungen, die eine Ödlandsiedlung erfordern, nicht eintreten kann. Eine Ödlandsiedlung wird daher nur möglich sein, wenn für sie im

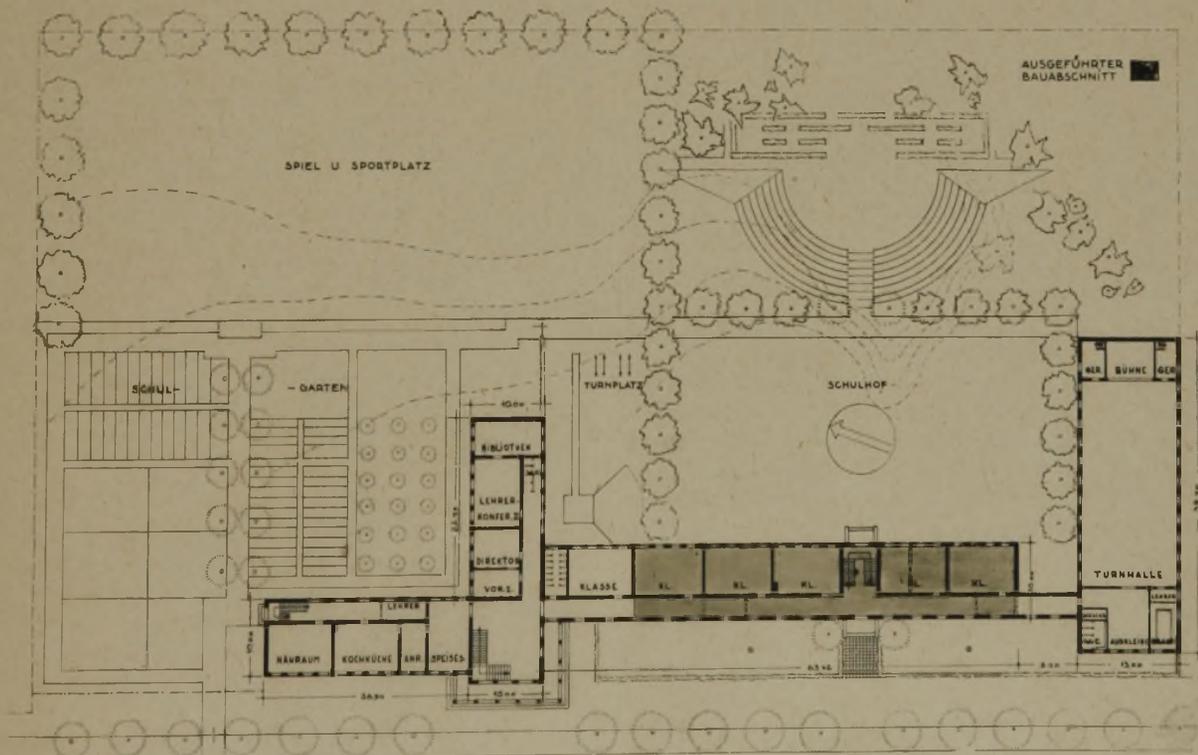
(Fortsetzung siehe Seite 693)

# VORORTSCHULE IN WOLTERS DORF BEI BERLIN

Baugestaltung: Regierungs-  
baumeister a.D. Otto Risse,  
Berlin / 9 Abbildungen



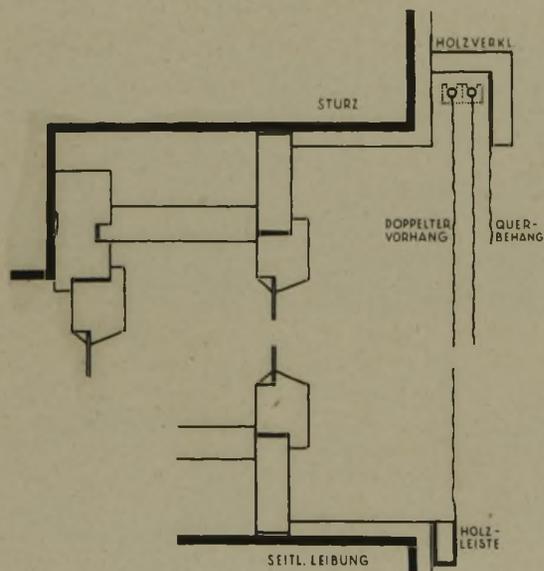
Ansicht von der Straße



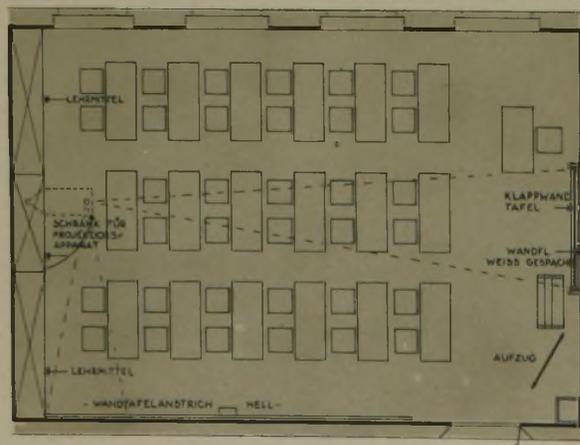
Lageplan und Grundriß. M 1:1000 Rechts oben eine Naturbühne, von den Schülern angelegt



Haupteingang



Einzelheit des Rolladens (siehe Text)



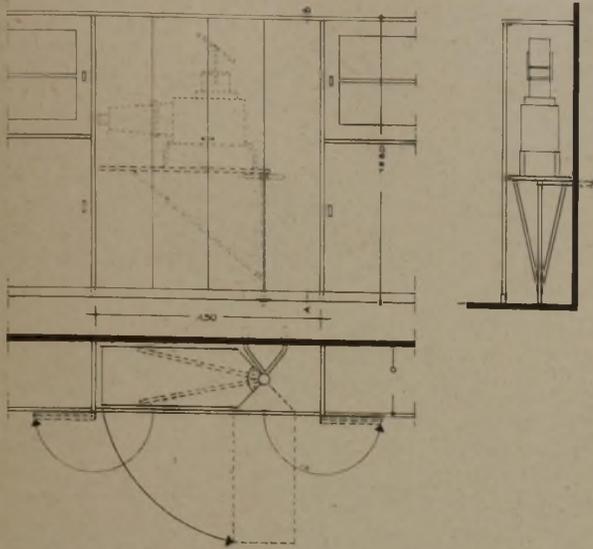
Grundriß einer Normalklasse. 6 x 9 m

Von den östlichen Randsiedlungen Groß-Berlins hat sich die Gemeinde Woltersdorf kurz vor dem Kriege und in den letzten Jahren besonders stark entwickelt. Die erhöhte Siedlungstätigkeit in dieser Gemeinde wurde durch die landschaftlich schöne Lage innerhalb der märkischen Seen und Kiefernwaldungen und durch die günstigen Verkehrsverbindungen mit Berlin gefördert. Die Entwicklung der ursprünglichen Landgemeinde zu einer kleinstädtischen Siedlung machte eine Erweiterung und Wandlung des bisherigen ländlichen Schulwesens erforderlich.

Bei der Aufstellung des Gesamtbebauungsplanes, welcher den Planverfasser in vieler Hinsicht vor ungünstig gegebene Voraussetzungen stellte, ist die Ausweisung eines geeigneten Schulplatzes besonders beachtet worden. Die Lage der alten Ortsschule unmittelbar am Kreuzungspunkt der neuen Ausfallstraße Berlin—Fürstenwalde—Frankfurt mit der östlichen Umgehungsstraße Erkner—Kalkberge war unhaltbar, so daß eine sofortige Beseitigung der Gefahren, welche sich bei ansteigendem Verkehr für den Schulbetrieb bei Beibehaltung des alten Gebäudes an dieser Straße ergaben, notwendig wurde.

Die neue Schule liegt mitten im Siedlungsgebiet, günstig zu allen vorhandenen Bauten, abseits vom Verkehr und in guter Verbindung zu den Spielplätzen und zum See. Das Schulgelände ist so bemessen, daß außer einem Schulhof und einem Turnfeld ausreichendes Gelände für Gartenbau vorhanden und eine spätere Erweiterung des Gebäudes möglich ist. Die erhöhte Lage des Geländes gestattet außerdem einen Rundblick über die Seen und Wälder der Mark. Geplant ist im ganzen eine 16klassige Volksschule mit angeschlossener Fortbildungsschule, Turnhalle und den erforderlichen Nebenräumen. Der ausgeführte Teil enthält fünf Klassen und einen Gesangsraum, einen Handwerksraum und einen Unterrichtsraum, welcher in kleinerem Umfang mit dem zu Gebote stehenden Inventar den Unterricht in Erdkunde, Physik, Chemie und Naturwissenschaft ermöglicht. Gerade der letzte Raum hat bei der Baudurchführung besondere Beachtung gefunden. Diese Abweichung von der bisherigen Form einer ländlichen Schule ist darauf zurückzuführen, daß sich die Berufsart der ansässigen Familien geändert hat. Die rein ländliche Bevölkerung wurde von städtischen Kleinsiedlern verdrängt, für die eine intensive Bewirtschaftung des Gartengeländes ein wichtiger Nebenerwerb bedeutet. Der Siedlergarten und seine Bewirtschaftung mußte daher in den Lehrstoff miteinbezogen werden. Die Anleitung im Schulgartenbau erfolgt natürlich im einfachsten Sinne und in einem Umfang, wie sich dies für die Gartenbestellung entsprechend den örtlichen Verhältnissen ergibt. Die Schaffung eines Mustergartens für Siedler innerhalb des Schulgeländes ist somit einer der wichtigsten Bestandteile dieser Vorortschulen, desgl. der obenerwähnte praktische Unterrichtsraum.

Bei der Schule Woltersdorf ist die alte Einheitsform der Normalklassen von 9 x 6 m beibehalten worden. Die neuerdings gewünschte lockere Bestuhlung läßt auch bei 6 m Breite eine dreireihige Gruppierung zu. Die Breite der Klassen zu erhöhen, ergibt wesentliche Nachteile bzgl. der Kosten, da die Deckenspannweite sich erhöhen und die Belichtung sich ungünstiger gestalten würde. Eine Neuerung ist der Einbau einer Plattform für die Projektionsapparate. Diese Apparate sind auf einer schwenkbaren Plattform in einem eingebauten Schrank der Klassenrückwand angebracht. Der

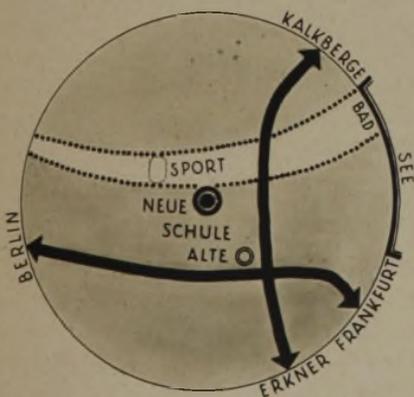


**Eingebauter Drehtisch für das Epidiaskop**

Das Stolpern über Leitungsschnüre u. a. entfällt. Links und rechts davon Lehrmittelschränke (siehe Text)

störende Unterbau und das elektrische Kabel im Raum entfallen somit. Die Handhabung und Einstellung ist bequem und sicher. Die Verdunkelungseinrichtung besteht aus lichtundurchlässigen Vorhängen, die sich voll überdecken. Der Stoff wird zur Abfangung des seitlich durchdringenden Lichtes mit Holzdeckleisten am Putz lichtdicht befestigt. Gegenüber den bisher üblichen Verdunkelungsvorrichtungen mit Rolleneinrichtung und Schienenführung ist hier eine beträchtliche Ersparnis erzielt.

Um den Vorwurf zu entkräften, daß bei dem zweigeschossigen Bau die Form des hohen Daches unwirtschaftlich ist, muß noch erwähnt werden, daß der Dachraum später für den Ausbau eines Zeichensaales vorgesehen ist und vorläufig bis zur Erweiterung im linken Flügel die Wohnung des Pförtners enthält, während der rechte als Gymnastikboden verwendet wird. Nicht alle Vorortgemeinden werden bei der Errichtung einer neuen Schule so günstige Voraussetzungen bezüglich der Auswahl des Platzes im Siedlungsgebiet aufweisen. Der große Fehler der spekulativen dezentralen Parzellierung wird die weitere Entwicklung der Gemeinden sehr stark hemmen und deren Ausbau nur unter erhöhten Kosten ermöglichen. Für das Schulwesen gilt dies in besonderem Maße.



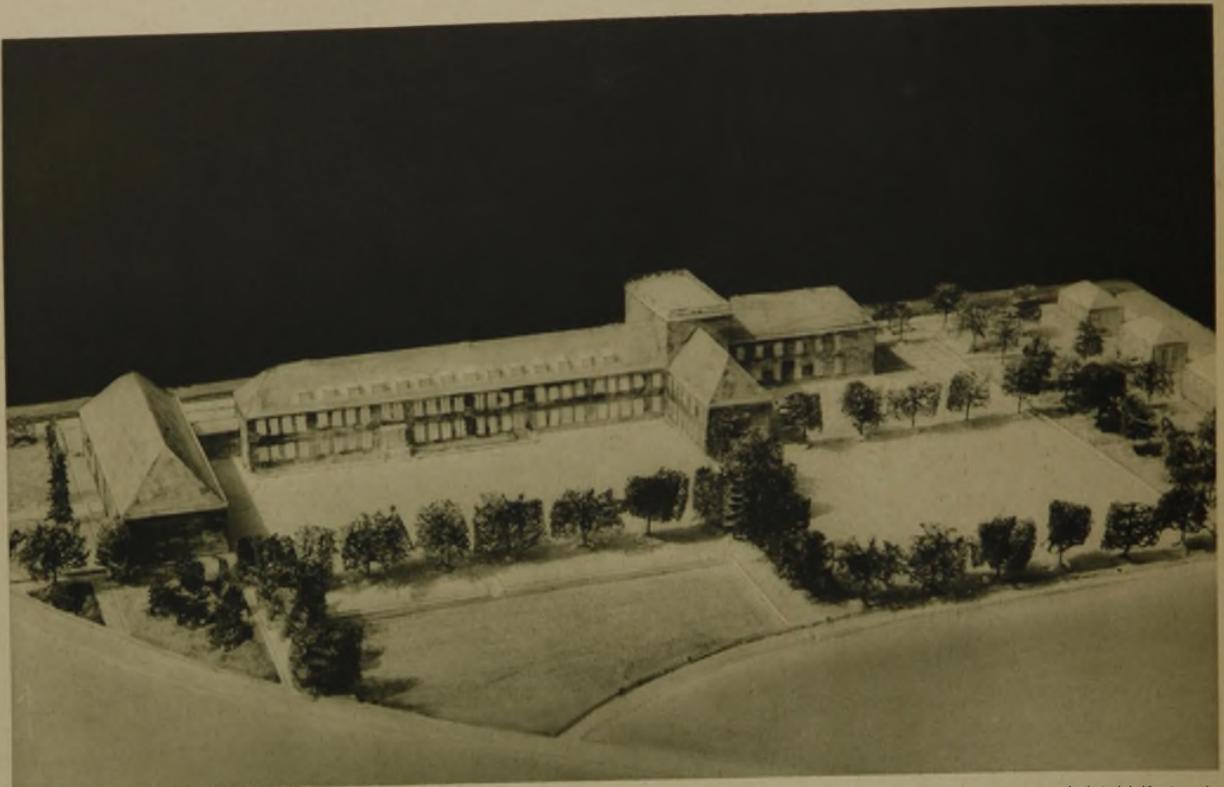
**Schema** der Lage der alten und neuen Schule zu den Verkehrsstraßen, zum See und zu den Sportplätzen



**Unterrichtsraum** für Erdkunde, Physik, Chemie und Naturwissenschaft  
Im Hintergrund das Epidiaskop (siehe Einzelheit), im Vordergrund Stahlrohrbänke, farbig behandelt



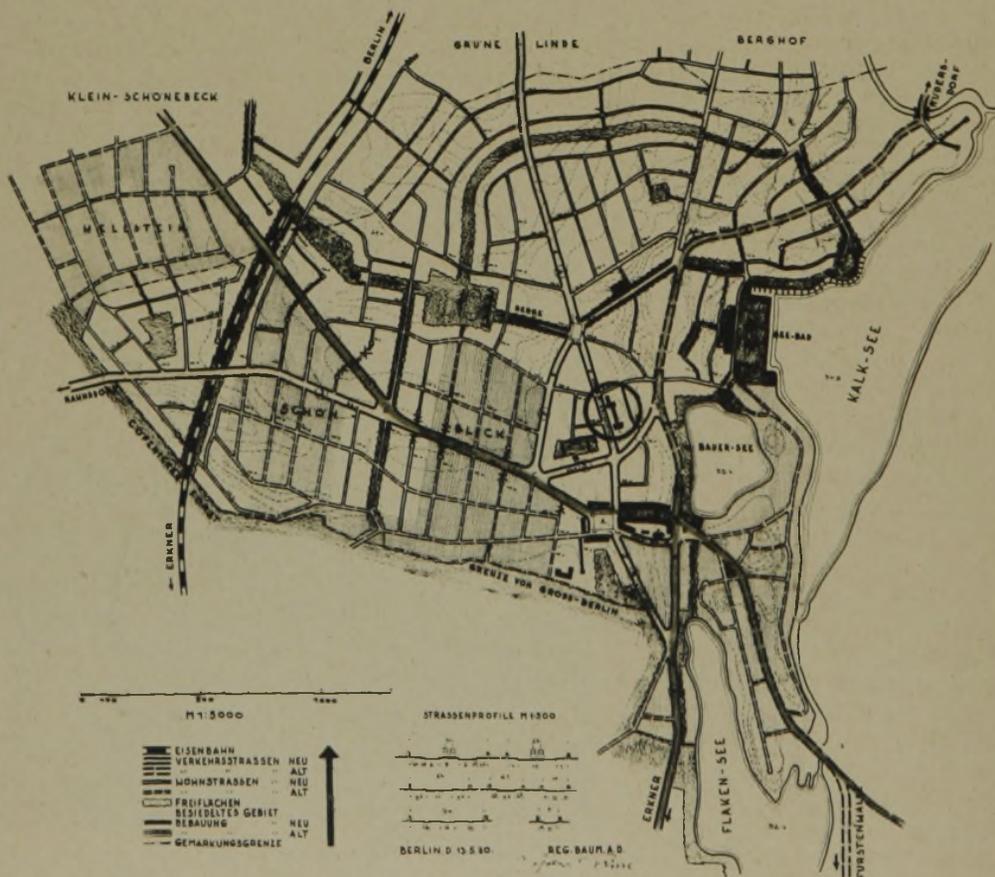
**Unterrichtsraum** mit Versuchstischen



**Modell der ausgebauten Schule**

Lichtbild Krajewsky

Links die Turnhalle mit Bühne, daneben die Schule mit Schulhof und Turnplatz. Rechts der Schulgarten mit Spiel- und Sportplatz



# LANDWIRTSCHAFTL. VERSUCHSSTATION IN BERLIN

Bauherr: Deutsches Kalisyndikat, Berlin. Baugestaltung: Architekt BDA A.J. Koester, Berlin-Lankwitz. Örtliche Bauleitung: Reg.-Baumstr. a. D. K. Beckmann, Berlin / 9 Abb.



Ansicht des Hauptgebüdes

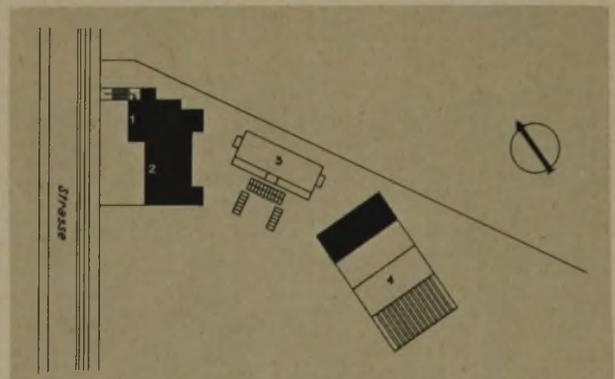
Lichtbild Krajewsky

Als Verblender wurde ein rotbunter Wittmunder Klinker holländischer Form mit breiten, hellen Fugen gewählt. Für die Nebenanlagen genügte ein billigerer, aber ähnlich aussehender Sommerfelder Verblender. Einzelne Teile wie Schauseite, Eingang und Freitreppen wurden in braunweißem Cannstatter Travertin ausgeführt, dessen Tönung mit den verwendeten Wittmunder Klinkern gut zusammengeht. Von einem Flachdach wurde abgesehen, da Bodenraum zur Unterbringung von Vorräten gewonnen werden sollte. Als Eindeckung wurde ein deutsches Schieferdach ausgeführt, da der dunkle Schiefer gut zu den bräunlichen Tönen der Verblendung paßt; außerdem bedarf ein Schieferdach selten irgendwelcher Erneuerungen

Es wurde die Aufgabe gestellt, eine landwirtschaftliche Versuchsstation zu bauen, die den Forderungen unserer Zeit genügt. Zu diesem Zwecke wurde ein engerer Wettbewerb veranstaltet, aus dem Architekt A. J. Koester, Berlin-Lankwitz, als Sieger hervorging. Diese Versuchsanstalt für landwirtschaftliche Düngungsexperimente wird vom Deutschen Kalisyndikat betrieben, um jeweils die besten Methoden auszuarbeiten, unter deren Beachtung die Verbraucher von Kalidünger (Landwirte und Gärtner) unter allen Umständen erfolgreich arbeiten. Die analytischen Arbeiten auf agrikulturnchemischem und agrikulturnchemischem Gebiet dulden gerade heute keine Unterbrechung, weswegen anerkannt werden muß, mit welcher Sorglichkeit Privatinitiative hier zeitgemäße Einrichtungen schuf, die geeignet sind, die landwirtschaftliche Erzeugung in schwerer Zeit zu sichern und zu Höchstleistungen anzuspornen.

Um eine Organisation biologischer Laboratorien unter einem Dach zu vereinigen, waren technische Sonderstudien in größerem Umfange notwendig. Nur so war es zu erreichen, daß hier etwas wirklich Gutes mit einfachen Mitteln geschaffen wurde. Die zweckmäßige Gruppierung der Räume gestattet die Ausführung aller Arbeiten mit knappestem Zeitaufwand und unter bestmöglicher Kontrolle. Die Verwaltungsräume mit geringerer Höhe wurden im linken Flügel des Erdgeschosses, die Laboratorien im rechten Flügel untergebracht. Im Verwaltungsteil finden wir auch das Treppenhaus. Die Labors für Sonderzwecke haben alle vom Hauptlaboratorium aus ihren Zugang, während die Büros um einen

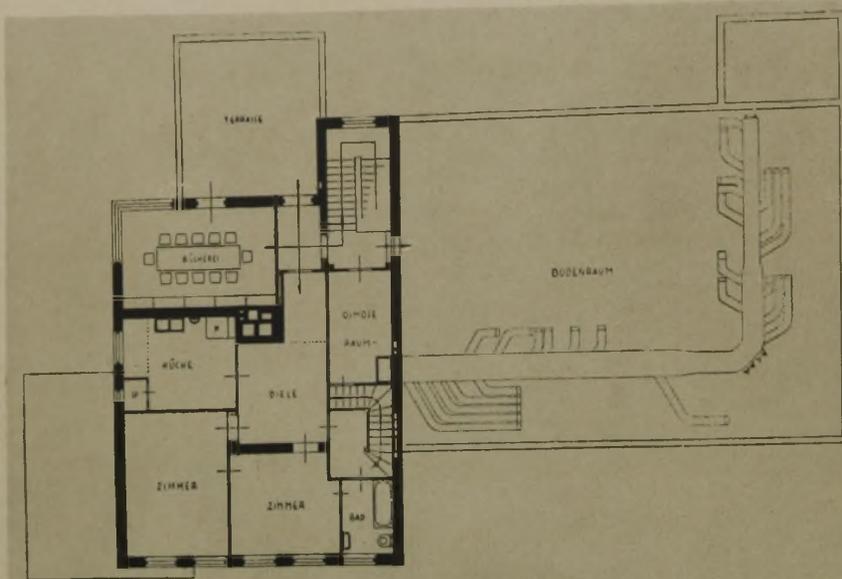
Flur angeordnet sind. Vom Flur aus gelangen wir in das physikochemische und in das biologische Laboratorium, in den Wachstumsraum und seine technischen Nebenräume, in das Wartezimmer, in das Zimmer des Leiters



**Lageplan der Gesamtanlage.** 1 und 2 Hauptgebäude. 3 Warmhaus. 4 Vegetationshaus; daneben die Parzellen aus Beton. — Bei der Wahl des Grundstückes mußte darauf Rücksicht genommen werden, daß die Anstalt nicht von höheren Gebäuden umgeben sein durfte. Auch durften keine Fabrikanlagen, die durch schädliche Rauchgase Pflanzen und Boden beeinflussen konnten, in der Nähe sein. Weiterhin kam es darauf an, die Lage der Anstalt in verkehrstechnischer Hinsicht so zu wählen, daß diese günstig zu den wissenschaftlichen Instituten Berlins und des Deutschen Kalisyndikats lag. Außerdem war von Bedeutung, daß der Boden ausgeglichen war (gleichmäßiger lehmiger Sand auf Ton). Das Laboratoriumsgebäude wurde gleichlaufend zur Straße errichtet. Das Warmhaus mußte nahe den Heizungsanlagen liegen. Die Lage des Vegetationshauses ergab sich zwangsläufig; denn es mußte unbedingt in Nordsüdrichtung gebaut werden.

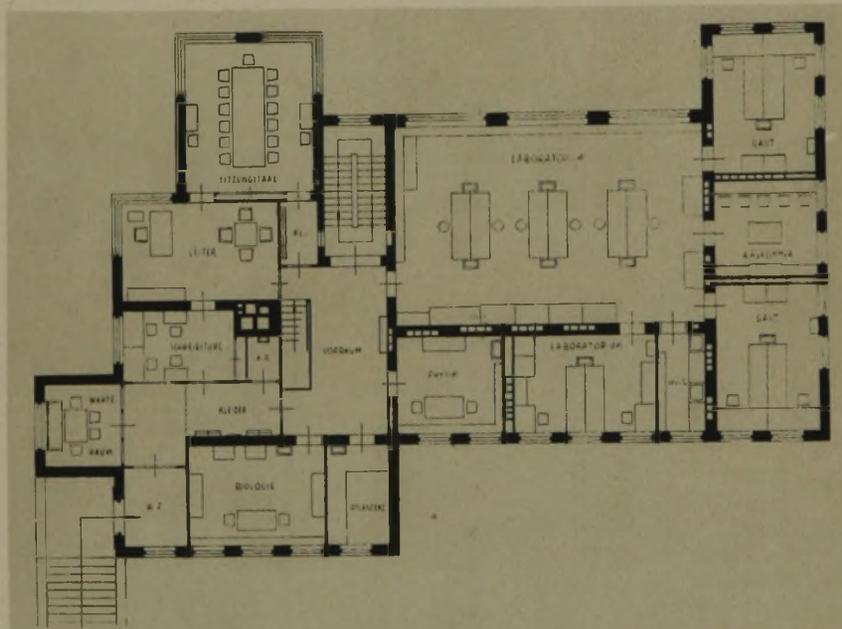
**Landwirtschaftliche  
Versuchsstation in Berlin**

Baugestaltung: A. J. Koester  
Berlin - Lankwitz



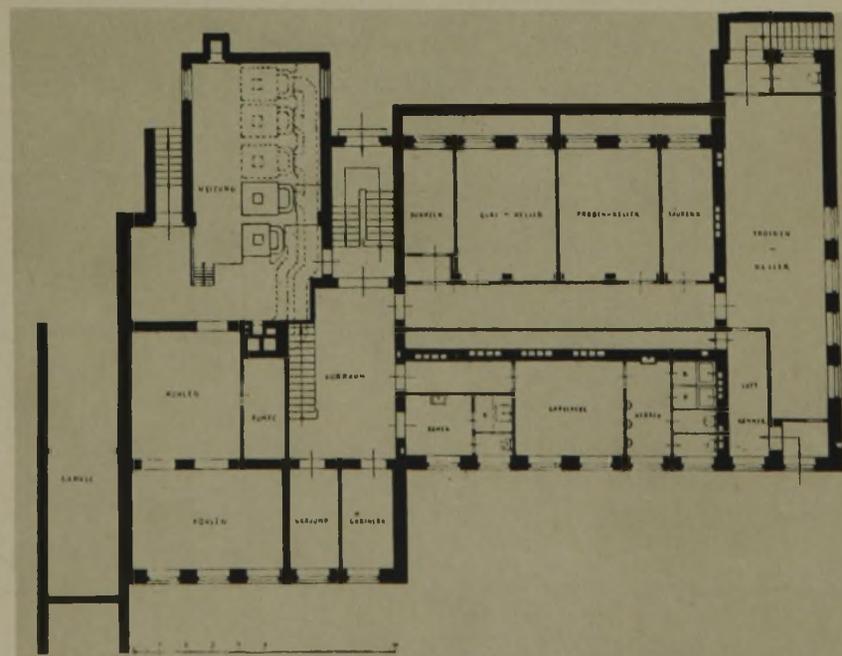
**Obergeschoßgrundriß**

In der Mitte die Steigeleitung nach dem  
Exhaustor. Man beachte im Bodenraum  
die Zusammenfassung der Zuführungs-  
kanäle aus den einzelnen Labors



**Erdgeschoßgrundriß**

Rechts die Laboratorien, links die Ver-  
waltungsräume



**Kellergeschoßgrundriß**

Man beachte die Aussparungen in den  
Wänden für die Lüftungssteigekanäle

und in den Konferenzraum. Um die biologischen und chemisch-technischen Arbeitsstätten gruppieren sich die verschiedenen Wägezimmer und andere Spezialforschungsräume, die verschiedene bautechnische Anforderungen stellen. Im Obergeschoß ist eine Dienstwohnung und die Bücherei sowie der Raum zur Bereitung destillierten Wassers untergebracht. Das Dachgeschoß enthält im Verwaltungsflügel den Exhaustorenraum und im Laborflügel das Erntelager, Räume für Bodenproben, Düngemittel und Geräte. Solche Vielheit der Erfordernisse läßt erkennen, daß hier der Architekt Erfinder und Organisator sein muß.

An Einzelheiten sind die scheinbar schwierig und doch so einfach und übersichtlich angeordneten Leitungen für Gas, Elektrizität und Wasser zu erwähnen, die jedem laborierenden Forscher gestatten, seine Arbeitsstätte praktisch zu bedienen. An den Wänden sind säurefeste Rinnen, darunter putzverkleidet die weitverzweigten Lüftungskanäle (Bauweise: Karl Wolff, Lüftungsanlagen, Berlin-Tempelhof), durch die mit entsprechenden Vorrichtungen alle Säurenebel und giftigen Dämpfe in vorbildlicher Weise schnell abgeführt werden. Die Gästelabors für fremde Wissenschaftler haben die gleichen Einrichtungen. Chemische Laboratorien verlangen gute Be-



**Hauptlaboratorium**

Lichtbild Alfred Krügelstein, Berlin

Um den Lichteinfall nicht zu beeinträchtigen, wurde davon Abstand genommen, die Abzugskapellen in die Fensternischen einzubauen, sondern man legte sie an die Innenwände. Die Labortische bestehen im Unterteil aus Kiefernholz. Sie sind aus zwei Längshälften zusammengesetzt, damit ein Herankommen an die im Innern des Tisches liegenden Leitungen möglich ist. Als Belag wurden fünffach gesperrte Eichenbohlen verwandt, die mit einem säure- und laugenfesten Anstrich versehen sind. An Armaturen sind an den Stirnseiten der Tische Messingsäulen mit drei Wasserhähnen angebracht, unter denen sich ein weißes Steinzeugbecken befindet. Weiter sind an den Tischen vier Vakuum- und zwölf Gasauslässe sowie ein elektrischer Anschluß vorhanden. Als Fußbodenbelag und Plattenanstrich fand ein neuartiger Stoff „Revilite“ Verwendung, der völlig säure- und laugenbeständig ist.



**Vegetationshalle**

Im Vordergrund auf fahrbaren Bühnen die Versuchskulturen von heimischen und überseeischen Pflanzen

lichtung, außerdem eine große Zimmerhöhe; hier wurden 3,5 m angenommen.

Die interessante Vegetationshalle birgt auf fahrbaren Bühnen zu allen Jahreszeiten Versuchskulturen von heimischen und überseeischen Pflanzen. Diese werden mit allen möglichen Schutzvorrichtungen nach Bedarf ins Freie gefahren oder unter Glas und Schatten in temperierten Räumen beobachtet. In den Warmhäusern werden schwierige Klimatisationsversuche mit neuartigen Mitteln vorgenommen. Eine Besonderheit ist die automatische Regelung der Zufuhr erwärmter und verschieden zu befeuchtender Luft. Die dazugehörige Vorrichtung

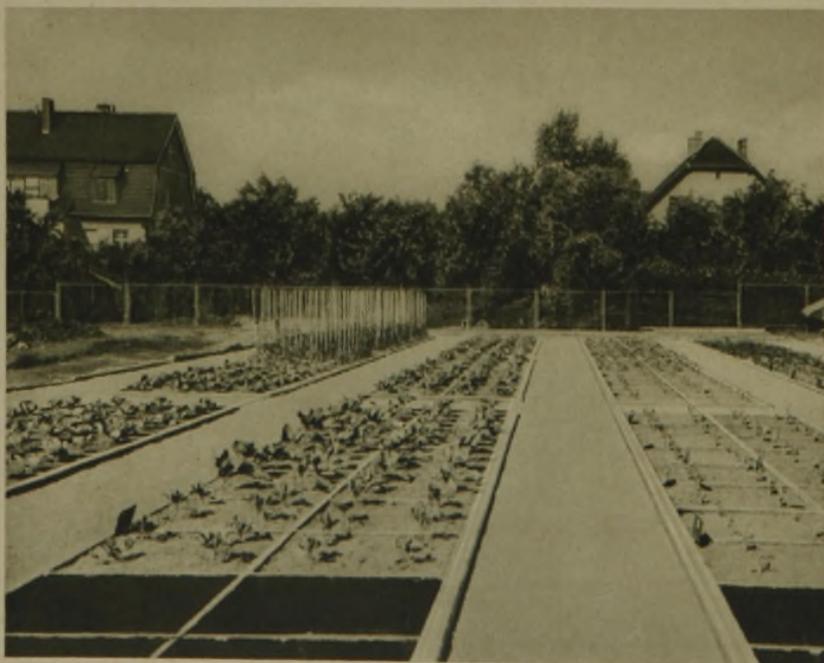
im Keller reinigt die Luft in einem Düsenvorhang. Mit derselben Anordnung können auch Beimischungen in genauesten Abwägungen gegeben werden. Die Temperaturregelung und Feuchtigkeitsveränderung ist für tropische Pflanzen besonders wichtig. Die Vegetationsversuche in der Halle werden in etwa 500 Gefäßen vorgenommen, während Kleinversuche im Freien in etwa 300 Parzellen und auf heizbaren Frühbeeten geschehen. Die Parzellen sind durch metertiefe Betonwände gegen das Übergreifen von Bodenfeuchtigkeit und Düngestoffen getrennt, so daß jede erdenkliche Veränderung für die Forscher möglich ist.



**Innenansicht des Warmhauses**

Lichtbild Alfred Krügelstein, Berlin

Der Gesamtraum ist in drei verschiedene Abteilungen aufgeteilt. Die Gewächshauskonstruktion ist eine kombinierte Holz-Eisen-Konstruktion, die tragenden Teile aus Schmiedeeisen, die die Verglasung aufnehmenden Teile aus Pithpine. Auf je 2,5 m stehen in Betonsokeln verankerte Dreigelenkbinder. Bei der Anordnung wurde so verfahren, daß die Schattenwirkung auf das geringste Maß herabgedrückt wurde. Für die Konstruktion des Satteldaches war noch Rücksicht darauf zu nehmen, daß der Firstwinkel nicht zu spitz wurde, da das Dach eine zu große Fläche für Sonneneinstrahlung geboten hätte. Andererseits durfte der Firstwinkel nicht zu stumpf sein, da das Kondenswasser nicht genügend Gefälle zu den Auffangrinnen erhalten hätte. Der Firstwinkel wurde zu  $132^\circ$  gewählt, um die Sonneneinstrahlung auf ein Mindestmaß herabzudrücken. Als Verglasung wurde 6/4 Rohglas verwandt, die äußerste Grenze in Rücksicht auf den Winddruck.



**Parzellen**

Zu speziellen Düngungsversuchen findet ein System von 320 Betonbeeten zu je 1 qm Verwendung

allergrößten Umfang die Arbeitsdienstpflicht eingesetzt wird. Da wir einen Arbeitsdienst z. Z. noch nicht haben, sind die Möglichkeiten der Ödlandsiedlung außerordentlich beschränkt. Die Fläche für die Neusiedlung wird daher in erster Linie durch Aufteilung des bisherigen Großgrundbesitzes gewonnen werden müssen. Großgrundbesitz steht im erheblichen Umfang nur im Osten unseres Vaterlandes zur Verfügung. Während in Deutschland westlich der Elbe nur 8 v. H. der landwirtschaftlich genutzten Fläche im Besitz von Großbetrieben (über 100 ha) ist, werden im Durchschnitt in den Provinzen Westpreußen, Pommern, Grenzmark, Niederschlesien, Oberschlesien, Schleswig-Holstein und der beiden Mecklenburg 40 v. H. von Großbetrieben bewirtschaftet. Man wird im günstigsten Fall annehmen können, daß für die Neusiedlung im gesamten deutschen Osten etwa 1,6 Millionen Hektar an Fläche zur Verfügung steht. Die gewünschte Größe ist nach den vorhergehenden Ausführungen 10 ha = 40 Morgen. Im gesamten deutschen Osten steht nur Kulturland für 160 000 Bauernstellen zur Verfügung. Wenn angenommen wird, daß auf jeder dieser Bauernstellen eine Familie von fünf Köpfen ihren Unterhalt findet, so lassen sich insgesamt 800 000 Personen auf den neu anzulegenden Stellen seßhaft machen. Dieser Zahl steht die Tatsache gegenüber, daß als Folge der Neusiedlung ein großer Teil der bisher in landwirtschaftlichen Großbetrieben beschäftigten Arbeitskräfte zunächst ihre Arbeitsplätze verlieren. Wohl wird es möglich sein, einen Teil dieser Arbeitskräfte auf der neuen Siedlung unterzubringen. Aber nicht jeder landwirtschaftliche Arbeiter eignet sich für den Erwerb einer selbständigen Siedlerstelle. Ein großer Teil zieht auch, wie der Verfasser aus eigenen praktischen Beobachtungen weiß, die Beschäftigung gegen Entgelt dem arbeits- und entbehrungsreichen Leben eines Neusiedlers vor. Nach den bisher vorliegenden Erfahrungen, nach eigenen Berechnungen und Beobachtungen des Verfassers steht der Neusiedlung ein Verlust an Arbeitsplätzen gegenüber im Verhältnis von zwei Drittel der neugeschaffenen Arbeitsplätze, d. h. von den vorgenannten 800 000 Personen, die überhaupt angesiedelt werden können, erhalten 270 000 bis 300 000 neue Arbeitsplätze. Die anderen rund 500 000 verdrängen den Gutsbesitzer, seine landwirtschaftlichen Beamten und persönlichen Bedienten sowie die bisher beschäftigten Gutsarbeiter und Handwerker von ihren Arbeitsplätzen. Im gesamten deutschen Osten können daher im günstigsten Fall 300 000 neue Arbeitsplätze auf vorhandenem Kulturland geschaffen werden. Ein Ziel, das im Interesse unserer Gesamtwirtschaft erreicht werden muß, das aber keineswegs das Problem, wie das Arbeitslosenheer von z. Z. 6 Millionen Menschen unterzubringen ist, auch nur annähernd lösen wird.

Sicher wird in Zukunft durch die bevorstehende Einführung der Arbeitsdienstpflicht und die technischen Fortschritte an das Problem der Ödlandsiedlung ernstlicher als bisher herangegangen werden müssen. Aber auch hier sind die Möglichkeiten beschränkt. Es soll die erwünschte Nebenerscheinung, daß bei der Kultivierung der Ödländereien zahlreiche Arbeitskräfte im Rahmen der Arbeitsdienstpflicht vorübergehend Beschäftigung haben, unerörtert bleiben. Wenn man das gesamte in Deutschland vorhandene kulturwürdige Ödland auf rund eine Million Hektar veranschlagt, so ließen sich hierauf im günstigsten Fall 100 000 Siedlungen errichten, die, einschließlich Familienmitgliedern, für 500 000 Menschen als Ödlandsiedler

neue Existenzen schaffen, weil eine Verdrängung bisheriger Arbeitskräfte nicht stattfindet.

Das zu lösende Problem läßt sich mithin ziemlich klar herauschälen:

Man wird in erster Linie im Osten des deutschen Vaterlandes auf vorhandenes Kulturland 160 000 neue Bauernstellen anlegen müssen, um darüber hinaus nach Einführung der Arbeitsdienstpflicht weitere 100 000 Siedlungen durch Kultivierung von Ödland zu schaffen.

Bei der Schaffung dieser neuen Siedlerstellen wird nach Möglichkeit versucht werden müssen, Familien-Betriebe in der durchschnittlichen Größe von 40 Morgen zu errichten, wobei je nach Bodenqualität auf 20 Morgen heruntergegangen werden kann, um bei schwerem Boden, wo mindestens zwei Pferde als Anspannung benötigt werden, auf etwa 60 Morgen heraufzugehen. Wie schon ausgeführt, werden diese Siedlungen in erster Linie im Osten Deutschlands anzulegen sein. Vom Osten ist in weiten Teilen des Reiches im allgemeinen nur bekannt, daß hier die politischen Verhältnisse anders liegen und sich zu dem Begriff „Ostelbien“ verdichten. Aber nicht nur politisch gesehen hat der Osten sein eigenes Gesicht, es gilt dies besonders auch vom Klima. Westdeutschland steht unter dem mildernden Einfluß des Atlantischen Ozeans. Die Temperaturunterschiede sind hier geringer, die warme Jahreszeit dauert länger und die Regenmenge ist größer. Ostdeutschland dagegen unterliegt im stärkeren Maße der verschärfenden Einwirkung der großen asiatischen und osteuropäischen Festlandsmasse. Daraus ergeben sich Verschiedenheiten in den Temperaturschwankungen sowie in den Wind- und Niederschlagsverhältnissen. Während in Westdeutschland größtenteils milde Westwinde vorherrschen, strömen in Ostdeutschland, besonders im Winter, kalte Luftmassen in Form von scharfen Ostwinden vom asiatischen Kontinent herüber. Die Jahresdurchschnittstemperatur liegt hier etwa 2 Grad niedriger als in den westlichen Gebieten. Die Niederschlagsmenge erreicht mit 450 bis 500 mm nur etwa die Hälfte von der im Westen. Im Osten setzt die Vegetationsperiode später ein und ist durch die Gefahr von Nachtfrösten besonders gefährdet. Die Niederschlagsmenge ist erheblich geringer. Die Wirkung der geringen Niederschlagsmenge wird noch erhöht durch die zu meist im Osten vorherrschenden leichteren Bodenarten. Die leichteren Böden bedingen andere Betriebsarten, als sie im Westen und im Norden an der Seeküste üblich sind. Der Unterschied in den Niederschlagsverhältnissen bedingt nicht nur Unterschiede in der Bodengüte, sondern vor allem in der Bodenfeuchtigkeit. Damit fehlen im Osten die für die Anlage von Weiden günstigen Vorbedingungen. Deswegen sind im Osten Weidenbetriebe, wie wir sie besonders in den Marschen kennen, nicht möglich. Die vorherrschende Betriebsform des Ostens ist der Ackerbau. Bei der Neuschaffung von Siedlungen handelt es sich daher um die Neuschaffung von Ackerstellen. Auf diesen Ackerstellen wird im Gegensatz zum Großgrundbesitz eine vermehrte Viehhaltung notwendig, weil in dem dünn bevölkerten und verkehrsarmen Osten der Absatz von rohen Bodenerzeugnissen (Kartoffel und Getreide) im allgemeinen unzuweckmäßig ist. Erst die Veredlung durch den Viehmagen schafft die benötigte hochwertige und versandfähige Ware, die eine Rentabilität der Kleinbauernstelle dann sicherstellt, wenn eine vernünftige Zollpolitik nicht nur das Getreide, sondern auch die davon abhängige Veredlungswirtschaft schützt. So betrug in bäuerlichen Getreidewirtschaften

im Jahre 1927/28 die Wirtschaftseinnahme für je ein Hektar nur 73 RM aus dem Ackerbau, während sie aus der Viehhaltung mehr als das Doppelte, 156 RM, betrug.

Wir sehen nunmehr die zu lösenden Aufgaben außerordentlich klar: Im Osten des deutschen Vaterlandes müssen Ackerbauwirtschaften als Familien-Betriebe in einer durchschnittlichen Größe von 40 Morgen, die in erster Linie auf Veredlungswirtschaft durch vermehrte Viehhaltung eingestellt sind, angelegt werden.

Bei der Planung muß sich der Architekt darüber klar sein, daß das Gebäudeinventar einen verhältnismäßig hohen Anteil an den Kosten der Siedlerstelle hat. Die zur Aufrechterhaltung der Rentabilität notwendigen Ersparnisse sind daher in erster Linie an den Gebäuden zu machen, unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß hierunter die Betriebsführung der Wirtschaft nicht leidet und die Beschaffenheit der Gebäude insbesondere auch den klimatischen Anforderungen des Ostens entspricht. Die sparsame Planung wird sich in erster Linie auf den benötigten Wohnraum erstrecken müssen, mit der Maßgabe, daß hier eine spätere Erweiterung möglich ist. Man darf sich überdies nicht über das Vermögen des Bauern, aus eigener Kraft später sein Inventar zu er-

gänzen, täuschen. Die Anfangsjahre des Siedlers sind sehr schwer. Da es sich zumeist bei der Aufteilung um heruntergewirtschaftete Güter handelt, ist er anfänglich äußerst selten in der Lage, die notwendige Rente zu zahlen. Freijahre und vollständige oder teilweise Niederschlagung der Rente müssen ihn über die ersten Jahre hinweghelfen. Wo soll, wenn nicht eine grundlegende Änderung in der Rentabilität der Landwirtschaft eintritt, der Siedler die Mittel hernehmen, um einen weitgehenden Ausbau seines Gehöftes aus eigener Kraft durchzuführen? Durch eigene Arbeitsleistung wird er dies nicht können, da in seiner Familienwirtschaft kaum Zeit über das unbedingt notwendige Maß hinaus vorhanden ist. Darum ist die Primitivsiedlung ein Trugschluß. Fängt der Landwirt ohne das unbedingt notwendige Gebäudeinventar an, so wird er sich nicht halten können. Hiermit soll keineswegs gesagt sein, daß nicht bei der Planung weitgehende Sparsamkeit am Platze, ja sogar, unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Verhältnisse, unbedingt notwendig ist. Hier eine Lösung zu finden, die einerseits den gegebenen Notwendigkeiten, andererseits der unbedingt notwendigen Sparsamkeit gerecht wird, ist eine dankenswerte Aufgabe für den planenden Architekten.

## NEUZEITLICHE LANDWIRTSCHAFTL. SIEDLUNGSBAUTEN

Regierungsbaumeister Dr.-Ing. Wrede, Dresden / 12 Abbildungen

Die Bedeutung der landwirtschaftlichen Siedlung für Deutschland ist nunmehr von fast allen Volkskreisen erkannt worden. Reich und Länder haben daher die Neuerrichtung bäuerlicher Stellen mit Nachdruck in den Vordergrund derjenigen Maßnahmen gerückt, die mit dazu dienen sollen, das erschütterte Wirtschaftsleben wieder in Ordnung zu bringen. Durch die Deutsche Siedlungsbank werden große öffentliche Mittel bereitgestellt und damit eine Steigerung der ländlichen und landwirtschaftlichen Siedlung angestrebt.

Die Kredite der Siedlungsbank werden gegeben zur Begründung neuer Siedlerstellen und zur Hebung bestehender Kleinbetriebe bis zur Größe einer selbständigen Ackernahrung. Dabei ist festgelegt, daß der Siedlungsbau in sparsamster und einfachster Weise unter Einschaltung der Arbeitskraft des Siedlers für alle geeigneten Arbeiten durchzuführen ist. Insbesondere wird, um den ungünstigen Wirtschaftsverhältnissen Rechnung zu tragen und um mit den beschränkten Mitteln einen möglichst großen Siedlungserfolg zu erzielen, auf die Ausbausiedlung hingewiesen. Bei der Ausbausiedlung werden die Gebäude zunächst noch nicht in dem zum vollen Wirtschaftsbetrieb erforderlichen Umfange hergestellt. Da jetzt in erster Linie mit wirtschaftlich schwachen Bewerbern gerechnet werden muß, werden diese Ausbaustellen besondere Bedeutung haben. Sie sind vor allem im Wohnteil, weniger in den Wirtschaftsräumen und im Stall, als der Hauptarbeitsstätte des Siedlers, in Größe und Einrichtung zu beschränken, jedoch wird man den Stall auch nicht größer machen, als Platz für die ersten drei bis vier Jahre benötigt wird. Den weiteren Ausbau wird der Siedler nach Bedarf und Vermögen dann von sich aus vornehmen, wobei ein zusätzlicher Besiedlungskredit vorgesehen werden kann. Selbstverständlich ist bei Aufstellung der Planungen für diese Ausbaugeschäfte von vornherein gebührende Rücksicht auf plan- und zweckmäßige Erweiterung zu nehmen. Der

Gedanke an ein organisches Ganzes und an nur unwesentliche Umänderungen bei der Vergrößerung darf nicht außer acht bleiben.

### Stellenarten

Die Größe der Wohn- und Wirtschaftsgebäude, die Höhe der Baukosten und der Kredite sind in Reichsrichtlinien festgelegt. In diesen werden folgende Stellenarten unterschieden: die Vollbauernstelle, die Einspänner- oder große Kuhbauernstelle, die kleine Kuhbauernstelle, die Arbeiterstelle.

Die Vollbauernstelle als Ackerwirtschaft ist in der Regel mit einer Größe von 15 ha = 60 Morgen Land angenommen, jedenfalls nicht größer als ein Betrieb, der mit eigenen Arbeitskräften einer Siedlerfamilie bewirtschaftet werden kann. Für das Wohnhaus ist mit Rücksicht auf wirtschaftliche Sparsamkeit nur Wohnküche, zwei Schlafkammern, Flur mit Treppe, Futterküche, zusammen im Ausmaß von etwa 60 qm vorgesehen, dazu ein Keller von etwa 30 qm. Der Stall soll eine Größe von rund 90 qm haben und als fertiges Gehöft Platz für zwei Pferdestände, sieben Kuhstände, eine Jungviehbucht, drei Schweinebuchten, einen Futterplatz und Gang mit Abort bieten. Bei dem Weidewirtschaftsgehöft werden mindestens elf bis zwölf Stück Rindvieh Platz finden müssen. Der Scheunenraum einer Vollbauernstelle wird mit 200 qm Fläche und einem Fassungsvermögen von etwa 1000 cbm angesetzt.

Die Einspänner- oder große Kuhbauernstelle soll bei derselben Wohnhausgröße von 60 qm wie die Vollbauernstelle einen Stall für ein Pferd, vier Kuhstände, eine Jungviehbucht und drei Schweinebuchten, evtl. für das Pferd zwei weitere Kuhstände (mit etwa 70 qm vorsehen), dazu 600 cbm Scheunenraum enthalten. Die kleine Kuhbauernstelle hat ein Wohnhaus mit Wohnstube, eine Schlafstube, gemeinsame Koch- und Futterküche, Flur mit Treppe in Größe von 50—52 qm;

Keller etwa 25 qm. Beim Stall werden angenommen vier Kuhstände, eine Jungviehbucht, drei Schweinebuchten, Abort, Gänge (kein Futterplatz) im Ausmaße von etwa 45 qm; eine Scheune von 80 qm mit 400 cbm Raum.

Bei der Landarbeiterstelle ist außer dem Wohnhaus, wie bei der kleinen Kuhbauernstelle, ein Stall in einer Größe von 30 qm für zwei Kuhstände, eine Jungviehbucht, zwei Schweinebuchten, Abort, Gänge und eine Scheune von 200 cbm verlangt.

Für die verschiedenen Betriebsgrößen ist der erforderliche Schüttdenraum vorzusehen.

### Baukosten

Die Festlegung der Baukosten und Kredithöchstsätze für alle Stellen ist unter dem Gesichtspunkt erfolgt, daß dem Siedler keine in allen Einzelheiten fertige Siedlerstelle übergeben wird. Vielmehr muß ein Teil der Nebenanlagen wie Zaun, Dungstätte, Hühnerställe, Geräteschuppen usw. aus eigenen Kräften hergestellt werden. Bei den Ausbauehöfen werden noch weitere Selbsthilfearbeiten des Siedlers verlangt, so die Schaffung von Stalleinrichtungen einschl. Fußbodenbelag, Scheunenverbreiterung, Anstreicharbeiten, Lehmauftrag über dem Stall, Kellerfußboden, Zwischendecke und Raupspund im Hause. Die Mitarbeit des Siedlers ist auch, abgesehen von den erzielten Ersparnissen, deswegen von Bedeutung, weil er so von vornherein engere Beziehungen zu seinem Hause bekommt.

Im einzelnen sind auf der Grundlage des Unternehmerbaues zur Zeit folgende Baukostenhöchstsätze festgesetzt:

	als Normalgehöft:	als Ausbauegehöft:
für eine Vollbauernstelle . . . . .	9300 RM	6000 RM
Einspanner- oder große Kuhbauernstelle . . . . .	7500 "	5000 "
kleine Kuhbauernstelle . . . . .	6500 "	— "
Arbeiterstelle . . . . .	5800 "	— "

### Gestaltung

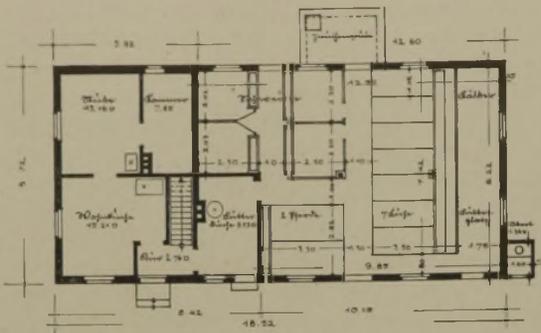
Welche Erfordernisse ergeben sich nun im großen betrachtet für die bauliche Gestaltung eines zweckmäßigen und wirtschaftlichen Gehöftes. Dabei werden im einzelnen die Wünsche und Forderungen des Siedlers, der Hausfrau, des Landwirts, des Arbeits- und Betriebswirtschaftlers, des Tierzüchters, des Hygienikers, des Baufachmannes, der Brand- und Baupolizei berücksichtigt werden müssen, um aus diesen synthetisch die Lösungen für Wohnung, Stall, Bergeräume usw. zu gewinnen.

Vorweg sei bemerkt, daß man sich an das „bewährte Alte“ nur zum Teil anlehnen kann, da die Voraussetzungen für die neu zu errichtenden kleinbäuerlichen Siedlungen ganz andere geworden sind. In bezug auf die Lage sind drei Gebäudetypen zu unterscheiden: der Eingebäudetyp, der Wohnhaus, Stall und Scheunenraum unter einem Dach zusammenfaßt, der Zweigebäudetyp, bei dem Wohnhaus mit Stall ein Gebäude bilden und die Scheune für sich steht, der Dreigebäudetyp, der Wohnhaus, Stall und Scheune voneinander trennt. Der letzte Typ bildet für die Gehöftanlage besonders in klimatisch ungünstigen Gegenden guten Windschutz. Aber durch die Trennung der Gebäude stellen sich hier große arbeitstechnische Nachteile heraus, ganz abgesehen von den verhältnismäßig hohen Baukosten. Günstiger ist der Zweigebäudetyp, der nur die Scheune für sich baut, so eine gewisse Hofbildung erzeugt und vom arbeits- und wärmetechnischen und vom finanziellen Standpunkte aus seine Vorteile hat. Der Eingebäudetyp, der Wohnhaus, Stall und Scheune unter einem

Dach vereinigt, gibt keine Hofbildung und damit keinen Windschutz, er eignet sich demnach nur bei geschlossener Dorflage. Die Anlage ist im allgemeinen praktisch und sparsam. Allerdings wird durch den Zusammenbau mit der Scheune die Feuersgefahr vergrößert, gleichzeitig die Unkosten für die Versicherungsprämie. Nachteile bestehen auch in baulicher Beziehung, da die Scheune meist ein höheres Dach als Wohnhaus und Stall benötigt; schwierig ist auch die praktische Unterbringung der Düngerstätte. Allerdings bietet der Eingebäudetyp bei Weidegehöften, wo nicht solch großer Scheunenraum bzw. Bansenraum notwendig ist, gewisse beachtliche Vorteile, da die Tenne gut zwischen Wohnhaus und Stall geschoben werden kann. Im allgemeinen wird man aber bei Ackergehöften dem Zweigebäudetyp den Vorzug geben.

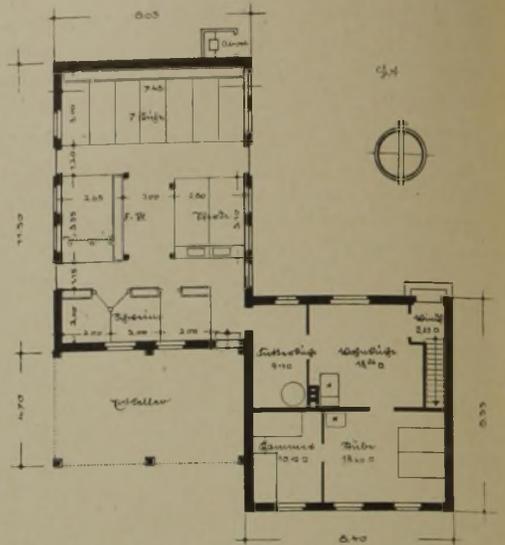
Das Wohnhaus soll nach den Reichsausführungsbestimmungen im Grundriß eine Wohnküche, Futterwirtschaftsküche und mindestens ein Eltern- und ein Kinderschlafzimmer enthalten; daneben genügenden Kellerraum. Das Wohnhaus ist so zu gestalten, daß Wohn- und Futter- bzw. Wirtschaftsküche unmittelbare Verbindung erhalten, da sie beide der Arbeitsraum der Frau sind. Gut ist es, wenn von beiden Räumen aus der Hof und damit der Betrieb und der Ein- und Ausgang zum Hof überwacht werden kann. Kann nur ein Raum am Hof liegen, so besser die Futterküche, da in diesem Raum, wo Futter gekocht, wo gewirtschaftet und gewaschen wird, sich die Frau am meisten während der Arbeit aufhält. Außerdem kann von hier aus gut die Abgabe der Milch nach dem Hof hin zur Wegbeförderung erfolgen. Von der Wohnküche wird zweckmäßig ein Schlafraum unmittelbar zugänglich gemacht, damit die Frau bei Erkrankung eines Familienmitgliedes den Kranken leicht mit beaufsichtigen kann. Die Futterküche muß beste Verbindung mit Keller und Stall haben, damit täglich mehrmals notwendige Wege möglichst abgekürzt werden. Daß bei allen Räumen des Wohnhauses auf gute Stellmöglichkeit der Möbel und der notwendigen Apparate, Waschkessel, Kartoffeldämpfer, Geräte für Milchkanneinreinigung usw., zu achten ist, ist selbstverständlich. Für den Ausbau weiterer Wohnräume kann der Dachbodenraum, der als Körnerboden mit dient, vorgesehen werden. Die Milchammer ist im Wohnhaus unterzubringen; es genügt in der Regel ein abgetrennter, leicht zugänglicher Kellerraum, der kühl und trocken sein muß und in der Nähe der Kellertreppe liegt. Eine Räucherammer wird zweckmäßig in der Futterküche oder im Dachboden eingebaut. Die Treppe zum Obergeschoß muß gut begehbar, geradläufig und genügend breit für die Beförderung der Körnersäcke usw. sein.

Bei der Planung des Stallbaues ist mit ganz besonderer Überlegung zu Werke zu gehen. Der Stall ist Erzeugungsstätte und daher von ganz besonderer Bedeutung für die Rentabilität des Betriebes. Bei der Grundrißgestaltung tritt zunächst die Frage auf, ob Queraufstallung, d. h. Stellung der Kuhstände quer zum Wohnhaus, oder Längsaufstallung in Richtung des Wohnhausfirstes zu wählen ist. Beide Aufstallungsarten haben Vor- und Nachteile. Die Queraufstallung ermöglicht es, alle Ausgänge der Verkehrswege nach dem Hof zu legen, die Ausgänge sind also gut zu übersehen. Dagegen ist die Lage der Düngerstätte vor dem Stall auf dem Hofplatz nicht erwünscht. Die Düngerstätte nach der anderen Seite, dem Garten, zu legen, ist bedenklich, weil durch die sodann notwendig werdenden gegenüberliegenden Türen im Stall Zugerscheinungen auftreten, die



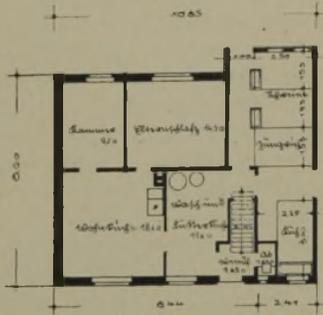
**Vollbauernstelle (Pommern)**

Entwurf: Pommersche Landgesellschaft, Stettin  
 Wohnhaus: Umbauter Raum 281 cbm, Wohnfläche 58,8 qm  
 Stall: „ „ 396 „ Stallfläche 91,0 „  
 davon Gangfl. 21,6 v. H.  
 Scheune: Abgebaut rd. 1000 cbm. Nutzfläche rd. 190 qm



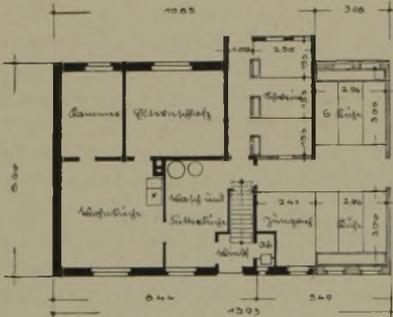
**Vollbauernstelle (Ostpreußen)**

Entwurf: Ostpreuß. Landesgesellschaft Königsberg  
 Wohnhaus: Umb. R. 341 cbm, Wohnfläche 60,8 qm  
 Stall: „ „ 547 „ Stallfläche 92,58 m  
 davon Gangfläche 28 v. H.  
 Scheune: abgeb., rd. 1000 cbm, Nutzfläche 200 qm



**Arbeiterstelle**

1. Bauabschnitt Scheune 200 cbm

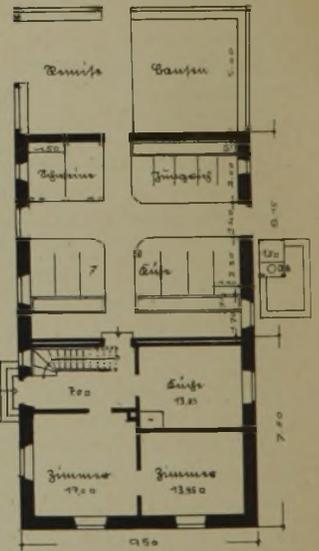
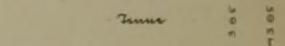


**Gr. Kuhbauernstelle 2. Bauabschnitt**

Scheune 600 cbm

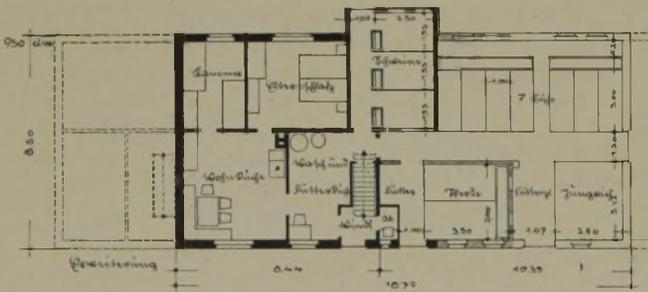
**Wohnhaus (für alle Bauabschnitte)**

Umb. R. 288 cbm, Wohnfläche 57,5 qm  
 Stall:  
 1. Bauabschnitt: Umb. R. 100,3 cbm, Stallfläche 26,2 qm, davon Gangfläche 28,2 v. H.  
 2. Bauabschnitt: Umb. R. 192,9 cbm, Stallfläche 49,9 qm, davon Gangfläche 26 v. H.  
 3. Bauabschnitt: Umb. R. 248,6 cbm, Stallfläche 61,97 qm, dav. Gangfläche 33,3 v. H.  
 4. Bauabschnitt: Umb. R. 339,2 cbm, Stallfläche 85,8 qm, dav. Gangfläche 30,5 v. H.



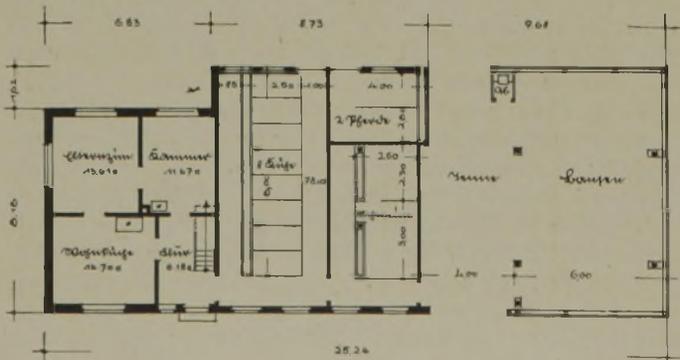
**Vollbauernstelle**

3. Bauabschnitt  
 Scheune: 950 cbm  
 (Ausbauehöft)



**Ausbauehöft (Sachsen)**

Entwurf: Landessiedlungsgesellschaft „Sächsisches Heim“, Dresden



**Vollbauernstelle (Bayern)**

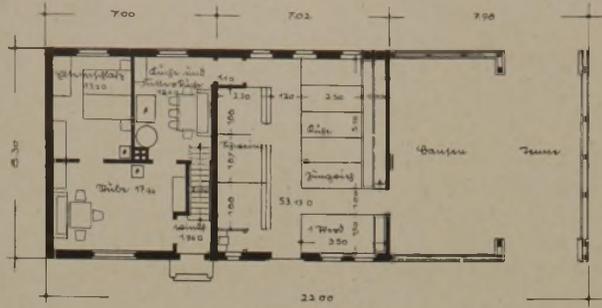
Entw.: Bayer. Siedlungs- und Landbank, München  
 Wohnhaus: Umb. R. 384 cbm, Wohnfläche 66,7 qm  
 Stall: Umb. R. 372 cbm, Stallfläche 68,7 qm, davon Gangfläche 39 v. H.  
 Scheune: Bergeraum 632 cbm, Nutzfläche 131 qm

**Vollbauernstelle (Schleswig-Holstein)**

Wohnhaus: Umb. R. 225 cbm, Wohnfläche 48 qm  
 Stall: Umb. R. 257 cbm, Stallfläche 78 qm, davon Gangfläche 40 v. H.  
 Scheune: Bergeraum 538 cbm, Nutzfläche 98 qm

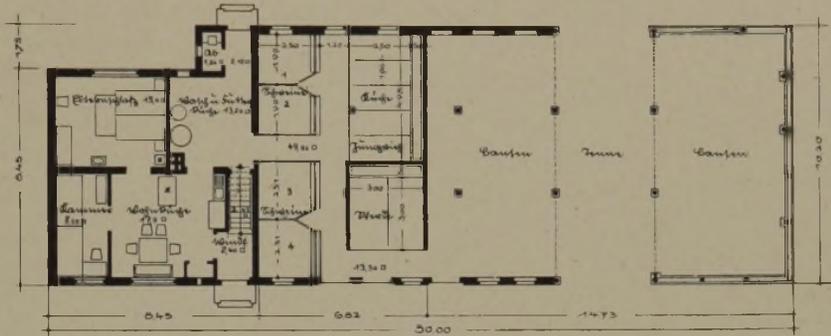
**Einspännerstelle (Oberschlesien)**

Entwurf: Oberschlesische Landgesellschaft Oppeln  
 Wohnhaus: umbauter Raum 295,08 cbm, Wohnfläche 48,69 qm  
 Stall: umbauter Raum 192,29 cbm, Stallfläche 53,13 qm, davon Gangfläche 31 v. H.  
 Scheune: Bergeraum 339 cbm, Nutzfläche 56,3 qm

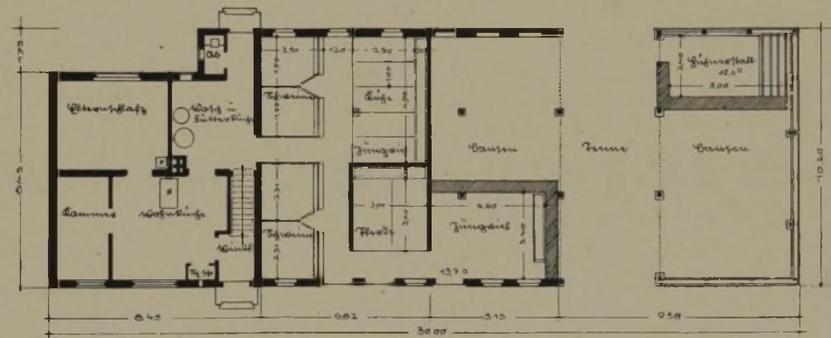


**1. Bauabschnitt**

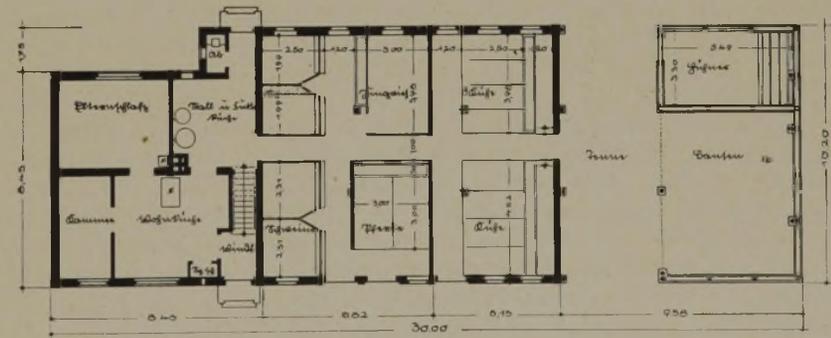
Wohnhaus: umbauter Raum 333 cbm, Wohnfläche 62,48 qm  
 Stall: umbauter Raum 264 cbm, Stallfläche 65,45 qm, davon Gangfläche 26 v. H.  
 Scheune: Bergeraum 823 cbm, Nutzfläche 139,2 qm



**2. Bauabschnitt**

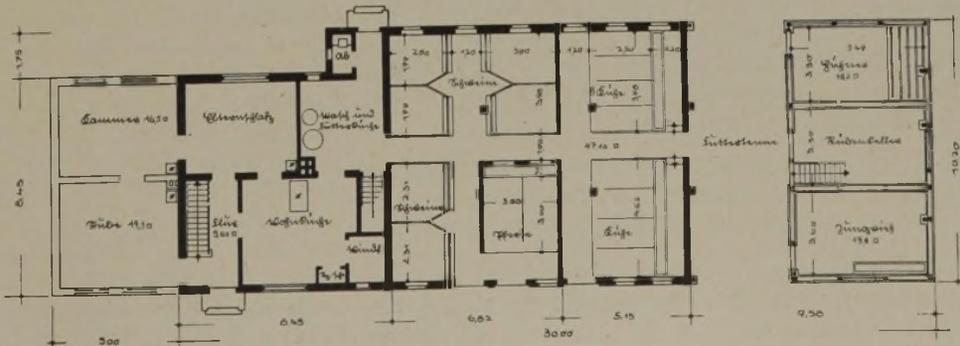


**3. Bauabschnitt**



**4. Bauabschnitt**

Wohnhaus: umb. R. 389 cbm  
 Wohnfl. 62,48 qm  
 Stall: umbaut. Raum 555 cbm,  
 Stallfläche 110,45 qm, Gangfläche 32 v. H.  
 Scheune: Bergeraum, Futtertenne, Nutzfläche 40,8 qm



**Vollbauernstelle, Ausbaugehöft (Oberschlesien)**

Entwurf Oberschlesische Landgesellschaft Oppeln

für die Tiere nachteilig sind. Etwaige Stallerweiterung macht auch hier größere Schwierigkeiten. Man erreicht bei dieser Anlage des Stalles jedoch große Vorteile in bezug auf gute Belichtung und Belüftung. Die Längsaufstellung hat den Nachteil, daß die Tür des Dunganges und die Düngerstätte vom Wohnhaus aus nicht oder nur schwer übersehen werden kann. Die Düngerstätte hat aber hier hygienisch einwandfreie Lage. Auch sind die Verkehrswege innerhalb des Stalles unter Berücksichtigung der Verbindung mit dem Wohnhaus und insbesondere mit der Futterküche kürzer, also vorteilhafter angelegt.

Die richtige Anlage der Verkehrswege spielt überhaupt beim Gehöftgrundriß eine ausschlaggebende Rolle. Der Dung muß in einfachster Weise, d. h. auf kürzestem Wege weg befördert werden können. Die Lage von Schweinestall, Pferde- und Kuhstall zur Futterküche und zum Futterplatz im Stall ist besonders zu beachten. Nach dem Reichsmilchgesetz wird bei Markenmilcherzeugung eine vollkommene Trennung der verschiedenen Tiergattungen untereinander, also der Schweine, Kühe und Pferde, gefordert. Mit Rücksicht auf diese Forderung erhält die Anlage kurzer Stallgänge besondere Bedeutung. Im allgemeinen wird sich naturgemäß im Einraumstall weniger Gangfläche im Verhältnis zur Gesamtnutzfläche ergeben als beim Mehrraumstall.

Die Lage des Schweinestalles ist am besten so, daß die Frau ihn auf kürzestem Wege, also unmittelbar von der Futterküche aus erreichen kann, da täglich für die Schweine Futter gekocht und dieses von der Futterküche aus, schwer an Gewicht, in den Stall getragen wer-

den muß. Ein Schwein von 125 kg Lebendgewicht benötigt allein täglich Futter im Gewicht von etwa 9—10 kg. Gut ist es auch, wenn der Pferdestall nicht so weit von der Wohnung entfernt liegt, damit nachts, wenn sich ein Pferd losgerissen hat, schnell geholfen werden kann. Der Pferdestall hat seine Lage in der Nähe des Hofes mit unmittelbarem Ausgang auf diesen, damit beim An- und Abspinnen der Wagen nur kurze Wege in Frage kommen.

Über die Scheune ist kurz folgendes zu sagen: Zweckmäßigerweise wird man sie aus Holz herstellen in der Form, daß in der Mitte die Einfahrt und die Tenne sich befinden, an beiden Seiten liegen dann die Bansen. In einer Scheune mit steilem Dach läßt sich besser bansen als in einer Flachdachscheune. Die Form spielt bei der Frage ob Steil- oder Flachdach keine Rolle, sondern das arbeitswirtschaftliche wird den Ausschlag geben. Die Tenne darf nicht zu kurz sein, damit auch lange Erntewagen, evtl. größere Dreschmaschinen, unterkommen können. Bei Ausbauehöften wird zunächst eine Tenne mit einem Bansen genügen. Auch wird der Bansenraum vielleicht aus Ersparnisgründen, soweit nicht eine Wetterseite in Frage kommt, nicht gleich verbrettert, sondern erhält nur eine kurze Brettschürze oben als Wetterschutz. Die Konstruktion der Scheune soll aus dem billigeren Rundholz und nicht aus abgebundenen, sondern nur aus genagelten Verstreben bestehen.

Der Aufbau des Gehöftes ist aus praktischen und Sparsamkeitsgründen und unter Berücksichtigung guter Einpassung in das Landschaftsbild aus bodenständigen Baustoffen durchzuführen.

## WAS BRINGT DIE LEIPZIGER HERBSTBAUMESSE?

Dr. Walther Schmidt, Leipzig

Nachdem die Wirtschaftslage mit jeder der letzten Messen sich ständig verschlechtert hat, kann man mit Recht die Frage aufwerfen, ob es denn überhaupt noch in der Bauwirtschaft hinreichend Unternehmungslust gibt, um etwas Neues zu schaffen und um dieses Neue auf der Messe zu zeigen. Die infolge der allgemeinen Geschäftsstille eingetretene unfreiwillige Muße hat jedoch den Firmen der Bauwirtschaft Gelegenheit gegeben, sich mehr als in normalen Zeiten auf die Werbung einzustellen. Wenn auch die meisten Firmen sich in ihrem Werbeetat wesentlich einschränken mußten, so ist erfreulicherweise die Leipziger Baumesse doch nicht ausgeschaltet worden. Auch der im vergangenen Jahre durch Konkurse eingetretene Rückgang an Ausstellern ist nunmehr nahezu gänzlich zum Stillstand gekommen, so daß man wohl sagen kann, daß die gegenwärtig auf der Baumesse vertretenen Firmen sich als überaus widerstandsfähig gegenüber den Stürmen der Zeit erwiesen haben und gewissermaßen einen Stamm darstellen, mit dem die Baumesse auch bei schlechtester Konjunktur rechnen kann. Wenn auch hier und dort einige Lücken im Ausstellungsbild auftreten werden, so bietet die Herbstbaumesse doch wieder ein sehr umfangreiches und interessantes Bild vom Schaffen und von der Arbeitskraft der Bauwirtschaft.

Einige Neuerungen, die zur kommenden Baumesse erscheinen werden, sind besonders beachtenswert. Hier können nur einige davon herausgegriffen werden:

Bemerkenswert ist ein neuer hochporöser Betonzuschlagstoff. Das Material läßt sich mit Zement, Gips usw. binden und auch zu Hohl- und Leichtsteinen

verarbeiten. Aus diesem Material hergestellte Hochfenschwemmsteine haben je nach Bindemittelzusatz 20 bis 40 kg je 1 qcm Festigkeiten. Sodann werden neuartige Record-Marmorplatten in verschiedenen Naturmarmorimitationen gezeigt. Es handelt sich um ein Betonmarmor material, das wasser- und wetterfest mit gutem Hochglanz hergestellt wird. Auch der Schima-Gasbeton soll erwähnt werden, ein hochporöser Baustoff, der durch Zusatz des metallischen Treibmittels „Schima“ fabriziert wird. Das Treibmittel „Schima“ ist ein dem Zement und Kalk verwandtes chemisches Produkt, das die hydraulischen Eigenschaften des Zementes erhöht und somit den Beton nicht ungünstig beeinflußt. Der Wärmeschutz des Schima-Betons ist von der Porosität abhängig, die man durch mehr oder weniger Treibmittelzusatz bestimmen kann.

In der Reihe der zahlreich vertretenen bewährten Schornsteinaufsätze wird eine neue Blechkonstruktion Beachtung finden, die zur Erhöhung der Saugwirkung auf Schornsteine, Schacht- oder Rohrföhen aufgesetzt wird. Die den Wind ablenkenden Flächen sind so angeordnet, daß die Windgeschwindigkeit stets saugend auf den Abzug wirkt, wobei es gleichgültig ist, aus welcher Richtung und in welcher Neigung der Wind kommt. Ferner kommt ein Ersatz für Malerleim zur Ausstellung, der in etwa ziegelgroßen Stücken auf den Markt gebracht wird und den Vorteil hat, daß er weder durch Gärung noch durch Fäulnis und somit also auch nicht als angesetzte Farbe verdirbt. Es ist ferner beachtlich, daß hierdurch ein Überleimen der angerührten Farbe nicht eintreten kann. Auch eine neue Putzeckleiste als Schutz für Mauerkanten, lieferbar in sieben

Profilen, wird Beachtung finden. Als Neuheit ist ferner eine Wandplatte zur Konstruktion von lichtdurchlässigen Wänden bemerkenswert. Diese Platte zeigt nach außen hin eine dekorative Hämmern der Fläche und besitzt innen eine kreisrunde Aussparung, die den Zweck einer Linse erfüllt und das Licht ausstrahlt. Ein neuer Türabdichter arbeitet in der Weise, daß sich beim Herunterdrücken des Türgriffes zum Öffnen der Tür der abdichtende Streifen automatisch hebt; die Dichtungsmaterialien unterliegen hierdurch einem geringen Verschleiß, und ferner werden auch die vor den Türen vorgesehenen Teppiche und Läufer geschont. Eine Firma mit Gummi-Fußbodenbelag wird weiterhin neu in Erscheinung treten. Diese Firma hat übrigens in Leipzig in einem großen Passagebau soeben ihren Gummi-Fußbodenbelag verwendet. Diese Ausführung, die für einen derartigen Zweck erstmalig in Deutschland in solcher Ausdehnung durchgeführt wurde, ist für die Gummiindustrie von großer Bedeutung.

Ferner wird Quarzit-Gestein als Fußboden- und Wandbelag erstmalig auf der Messe zu sehen sein. Es handelt sich um ein Naturprodukt von großer Härte und einzigartiger dünner und gleichmäßiger Schieferung. Das Material kann in Platten von 8 bis 25 mm Dicke gespalten werden. Das Gestein besteht zu 99,7 v. H. aus reinem amorphen Quarz, es ist völlig dicht und wasserundurchlässig und fest gegen Säuren und Laugen. In der Oberfläche der Platten sind zahlreiche kleine scharfe Quarzkristalle sowie Teilchen von Muskovit und glimmerhaltigem Zoisit eingesprengt, die den Platten nicht nur ein sehr gutes Aussehen geben, sondern ihnen auch große Trittsicherheit verleihen. Die fragliche Firma hat sich übrigens einen größeren Stand auf die Dauer von zehn Jahren gesichert, worin sicherlich ein Beweis für das Zutrauen zur Werbekraft der Baumesse zu erblicken ist.

Durch die Herbstbaumesse wird ferner die Hohlsteintreppe System „Pfeifer“ neu herausgebracht, die konstruktiv etwas völlig Neues bringt. Das Bauelement ist die genormte Stufe, die als doppelt bewehrte Hohlstufe mit Hilfe genormter Formen im Gießverfahren hergestellt wird. Das Gewicht der einzelnen Stufe ist so gering, daß Stufen von 160 cm Länge von einem Mann noch allein befördert werden können. Die Doppelbewehrung stellt ein sehr genau gearbeitetes, in sich verbundenes und geschlossenes System dar; sie besteht aus zwei zusammengeschweißten Metallwinkeln, von denen der eine die Trittstufe bandartig umfaßt und als Umrandung derselben sichtbar ist, während der andere den Stufenkopf begrenzt. Durch diese doppelte Bewehrung wird, abgesehen von gefälligem Aussehen und größter Widerstandsfähigkeit, außerdem auch eine hohe statische Sicherheit des Gesamtverbundkörpers gewährleistet. Von entscheidender Bedeutung für den Aufbau der Hohlsteintreppe ist die Profilgestaltung der einzelnen Bauelemente und die eigenartige Verklammerung zwischen benachbarten Stufen, derzufolge sich die Treppe ohne Untermauerung oder stützende Wange völlig frei zu tragen vermag. Bei Treppen für untergeordnete Zwecke können die Hohlsteintreppenstufen als schlichte Zementstufen geliefert werden, andernfalls werden Tritt- und Setzstufe mit einem Belag aus Linoleum, Holz, Terrazzo oder Stein versehen. Bevorzugt wird allerdings der Belag mit den schon erwähnten Quarzitplatten.

Neben einigen weiteren kleineren Neuerungen wie: Jalousien, Verdunkelungsapparaten und ähnlichem sind

fast alle von früheren Messen her bekannten Organisationen und Firmen der Bauwirtschaft wiederum vertreten. Der Bund Deutscher Architekten hat seinen Werbeposten aufrechterhalten, ferner der Reichsforstwirtschaftsrat und der Deutsche Forstverein, die bekanntlich sich eigens für die Leipziger Baumesse zur „Arbeitsgemeinschaft Holz“ zusammengeschlossen haben. Auch der Deutsche Stahlbauverband wird zusammen mit dem Stahlwerksverband die Halle Stahlbau wiederum besetzen. Ferner sind der Landesverband Sächs. Ziegeleien, die Deutschen Linoleumwerke, die Auskunfts- und Beratungsstelle der Deutschen Gipsindustrie und der Bund Deutscher Marmorbruchbesitzer auf ihren Ständen zu finden.

Von den maßgebenden Firmen seien genannt die I. G. Farbenindustrie, die übrigens neben ihrem „Titanweiß“ auf einem besonderen Stand das neue Anstrichmittel „Membranit“ herausbringen wird, die Stettiner Portlandzement-Werke, die Keramag A. G., die Grohner Wandplattenwerke, die A. G. der Spiegelmanufakturen St. Gobain, die Salubra-Werke, Treetex G. m. b. H., Insulite-Ges. I. F. Müller & Sohn A. G., die Ilse Bergbau A. G. sowie fast alle übrigen bedeutenden Klinkerwerke, Thyssen A. G. Mit dieser Aufzählung sind die auf der Baumesse ausstellenden Großfirmen keineswegs erschöpft, und es ist in dieser Anführung auch nicht etwa ein Werturteil zu erblicken.

Auf dem Baumesse-Freigelände wird allerdings die Not der Baumaschinenindustrie deutlich werden, die ja bekanntlich von einer Messebeschickung im Herbst geschlossen Abstand nimmt. Trotzdem werden hier immerhin einige Firmen der Feldbahnindustrie vertreten sein. Sehr viel Interesse werden auch die praktischen Straßenbauvorführungen finden, die seitens der Firma Dyckerhoff & Widmann A. G. mit dem von der I. G. Farbenindustrie neu herausgebrachten Asphalt-Dispersion Y gemacht werden. Im übrigen wird das Freigelände der Baumesse durch die Halle Stahlbau beherrscht. Aber auch die Holzwirtschaft beginnt hier Fuß zu fassen. Es sind einige Musterhäuser für die vorstädtische und ländliche Kleinsiedlung errichtet worden, desgl. einige Wochenendhäuser. Eine Firma bringt beispielsweise ein Kleingartenhaus von 30 qm Grundfläche, das auch als Wochenendhaus verwendbar und zugelassen ist. Das Haus enthält zwei kleine Kammern, eine Stube, Kochnische, Geräteraum und Toilette, sodann eine Einstiegluke für den Fall der Unterkellerung. Der Boden ist als Abstellraum benutzbar. Ferner sind eingebaut vorhanden: eine Speisekammer, vier kleine Schränke, drei Bettkojen und eine Sitzbank. Das alles wird zum Preis von 975 RM geliefert, und es besteht kein Zweifel, daß auf der Messe für ein derartig billiges Wochenendhaus mit eingebauten Möbeln starkes Interesse vorhanden sein wird. Es ist noch besonders bemerkenswert, daß die einzelnen Teile des Hauses nummeriert und so zugeschnitten geliefert werden, daß jeder Laie dieses Haus selbständig aufbauen kann. Das Gewicht beträgt 160 Ztr., so daß also der Transport auf einem Lastwagen mit Anhänger bewerkstelligt werden kann. Es wird ferner von der gleichen Firma ein ländliches Siedlungshaus von etwa 50 qm Grundfläche aufgestellt. Das Haus enthält zwei Schlafräume, einen Wohnraum, überdeckte Veranda, Küche, Keller und Toilette und — unter dem gleichen Dach — einen Stall.

Mit diesen ländlichen Siedlungshäusern stellen die Aussteller der Baumesse sich auf den 1. Mitteldeutschen Landwirtschaftsmarkt ein, der gleichzeitig mit der Baumesse auf dem Gelände der Technischen Messe veranstaltet wird. Dieser Landwirtschaftsmarkt, der unter Mitarbeit der mitteldeutschen Landwirtschaftskammern als großzügige Veranstaltung durchgeführt wird, ist für die Bauwirtschaft insofern von Interesse, als mit einem starken zusätzlichen Besuch der Messe aus den Kreisen der Landwirtschaft gerechnet werden kann. Wenn auch die finanzielle Lage der Landwirtschaft nicht gut ist, so besteht doch gerade in den ländlichen Betrieben fast immer ein gewisser Baubedarf, der sicherlich den Baumesseausstellern zugute kommen wird.

Als wichtiger Bestandteil der Baumesse ist die dem Ausstellungsgelände benachbarte Baumesse-Siedlung zu betrachten, in der die Baustoffe der Baumesseaussteller bevorzugt berücksichtigt werden, so daß also diese Siedlung eine sehr lebendige und sehenswerte Ergänzung der eigentlichen Baumesse darstellt. Die Baumesse-Siedlung ist inzwischen in vier weiteren Blocks nach den Entwürfen der Architekten Robert Koppe, Schiemichen, Wünschmann und Beyer weitergeführt worden. Zur Herbstbaumesse wird Block Ia bis auf die Malerarbeiten fertiggestellt sein, Block IIa ist soeben bezogen worden, Block IIIa wird im Rohbau fertig sein und bei Block IVa wird man mit dem Putz beginnen. Bei den einzelnen Unterabteilungen sind wiederum sehr interessante Neuerungen unter der geistigen Führung von Reg.-Baurat Stegmann und Dipl.-Ing. Wagner berücksichtigt worden. Der erste Block ist in Jurko-Bauweise mit Holzbalkendecken auf schalldämpfender Pappisolierung ausgeführt. Besonders bemerkenswert sind die Fenster mit doppeltem Rahmen nach dem System Wagner, die sich besonders da eignen, wo schwache Mauern vorhanden sind. Das Dach ist mit Eternit-Schiefer eingedeckt. Beim zweiten Block, der in Kalksandsteinen mit Kalkmörtelfuge und Holzbalkendecken ausgeführt wurde, sind die verschiedenen schalldämpfenden Isolierungen zu beachten. Hier wurden Torfoleum, Gipsdielen und Tela-Matten verwendet. Der dritte Baublock wurde in Gasokret-Beton mit Wenko-Massivhohlsteindecken ausgeführt. Beim vierten Baublock schließlich wurden für die Umfassungsmauern verschiedene Hohlsteine verwendet, und zwar Wabenziegel, Hohlsteine der Mitteldeutschen Ton- und Kohlenwerke Brandis, ferner ein Spezialstein der Firma Ludowici, Jockgrim, und Aristos-Steine. Die Decke ist hier wiederum als Holzbalkendecke ausgebildet. Für die Dacheindeckung des Blocks III und IV wurden rote Falzziegel der Reussengrube verwendet, und zwar in Siedlersortierung.

Da das Siedlungsproblem gegenwärtig im Brennpunkt des Interesses steht, werden sich auch die Vortragsveranstaltungen der Herbstbaumesse vorwiegend mit dieser Frage befassen. So wird anlässlich der Messe der Allgemeine Sächs. Siedler-Verband eine außerordentliche Tagung veranstalten, die mit einem Vortrag des Verbandsvorsitzenden Dr. Walther Müller, Dresden, über „Die Siedlungsbewegung im Rahmen der deutschen Volkswirtschaft“ verbunden ist. Der Siedlungsgedanke wird auch durch die Bausparkassen ganz wesentlich gefördert. Die Bausparkassen beleben den Baumarkt, sie führen dem Baugewerbe als Schlüsselgewerbe neues Leben zu, was besonders bedeutsam ist in einer Zeit, in der Finan-

zierungsmöglichkeiten aus anderen Quellen geschwunden sind. Um dem Besucher der Baumesse alle diese Beziehungen vor Augen zu führen, wird seitens des berufenen Vertreters der Bausparkassen Direktor Robert, Berlin, ein Vortrag über „Die Bausparkassen im Rahmen der deutschen Volkswirtschaft“ gehalten werden. Es ist zu hoffen, daß durch diesen Vortrag das unentbehrliche Vertrauen zu den soliden Bausparkassen zunimmt. Die beiden Vorträge über Bausparkassenwesen und Siedlungsbewegung finden am Eröffnungssonntag ab 10,30 Uhr im Vortragssaal der Baumesse-Halle 19 statt. Der zweite Messtag, Montag, der 29. August, bringt sodann an gleicher Stelle ab 10,30 Uhr vormittags einen Vortrag von Arch. Otto Meyer-Ottens, Berlin, über „Stahl im Kleinhäusbau“. Anschließend wird Prof. Dr. Jobst Siedler, Berlin, über „Ziegelbauweisen im Kleinhäusbau“ sprechen. Am Dienstag, dem 30. August, schließt sodann das Vortragsprogramm mit einer eindrucksvollen Kundgebung für die Verwendung deutschen Holzes im deutschen Heim. In einem einleitenden Vortrag „Fournier aus deutschem Holz“ wird sich Kommerzienrat Georg Müller, Leipzig, dafür einsetzen, daß man von der Mode der hochpolierten Möbel zur Verwendung deutscher Eiche und deutscher Eichenfourniere zurückkehren solle. Dieses Holz werde in den Vordergrund gestellt werden müssen, weil es allein in ausreichender Menge, in ausreichenden Dimensionen und in ausreichender Qualität für eine größere Fabrikation vorrätig ist. Der Redner wird aber betonen, daß die Voraussetzung dieser Umstellung, die kommen müsse und zum Teil schon im Werden zu sein scheine, die Schaffung neuer Modelle für moderne Formen sein müsse. Im übrigen wird in dem Vortrag auch noch auf die Verwendungsmöglichkeit exotischer Fourniere eingegangen werden. Einen weiteren Vortrag, der sich allerdings mehr mit dem deutschen Möbel befassen wird, bringt Tischlerobermeister Stahl, Magdeburg. Aber auch in diesem Vortrag wird sehr viel Interessantes für jeden Architekten geboten werden. Der dritte Vortrag dieser Reihe geht sodann wieder auf das eigentliche Gebiet der Bauwirtschaft ein. Es spricht Dipl.-Ing. Dr. Herrmann, der Leiter der Forschungs- und Beratungsstelle für Sperrholz, Berlin, über „Sperrholz in der Innenausgestaltung des deutschen Heims“. Dieser Vortrag wird sich insbesondere mit den bisher noch viel zu wenig bekannten Möglichkeiten befassen, das Sperrholz für Einbaumöbel, wie Wandschränke usw., zu verwenden. Der Vortrag wird aber auch auf die Fehler hinweisen, die beispielsweise durch Verarbeitung naß verleimter Sperrplatten, wie sie ja noch von mehreren Oststaaten auf den Markt gebracht werden, gemacht werden können. Im übrigen wird dieser Vortrag auch noch mit den groß angelegten Versuchen der Forschungs- und Beratungsstelle bekanntmachen, die die Feststellung der Schälbarkeit deutscher Hölzer zum Ziele haben und die es mit Hilfe einer neuartigen Prüfeinrichtung gestatten, das Stehvermögen von Sperrplatten zahlenmäßig zu bestimmen.

Die Herbstbaumesse wird also sehr viel Interessantes zu bieten haben, so daß ein Besuch sich unter allen Umständen lohnt. Es sei noch besonders darauf hingewiesen, daß die Dauer der Messe diesmal auf fünf Tage zusammengedrängt und daß somit am Donnerstag, dem 1. September, die letzte Möglichkeit für eine Messebesichtigung gegeben ist.